

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 261.

Dienstag, den 7. November 1911.

18. Jahrg.

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zur Bürgerschaftswahl!

Hierzu eine Beilage.

Die Wirkung der Einfuhrscheine.*

II.

Für die getreidebauenden Großgrundbesitzer und die Kornhändler im Osten ist das im vorigen Artikel geschilderte Einfuhrscheinsystem von großem Nutzen; und es ist daher durchaus begreiflich, wenn sie von einer Aufhebung oder Beschränkung dieses Systems nichts wissen wollen. Durch die Einfuhrscheine hat sich nicht nur der Getreideausfuhrhandel ganz enorm gehoben, es sorgt dieses System auch dafür, daß sich der inländische Getreidepreis auf den Kornmärkten der Ostprovinzen stets auf einer gewissen Höhe über dem Niveau des Weltmarktpreises hält, und zwar um so viel, als der volle Verzugszoll (für Weizen 55 Mk., für Roggen und Hafer 60 Mk. pro Tonne) abzüglich der Transportkosten nach den zollfreien Ostsee- und Nordseehäfen beträgt. Denn sinkt der Getreidepreis auf den östlichen Getreidemärkten unter diesen Preisstand herab, so wird sofort die Ausfuhr ein profitables Geschäft, und bald nehmen durch den Export auf den betreffenden inländischen Märkten die Getreideangebote dermaßen ab, daß der Preis steigt und sich wieder auf seinen sogenannten „Normalstand“ stellt. Das Einfuhrscheinsystem stellt also nicht, wie verschiedentlich behauptet worden ist, eine gewisse Stabilität der Preise her. Im Gegenteil, es sind durch dieses System die Inlandspreise noch viel abhängiger vom Weltmarktpreis geworden als früher; wohl aber bewirkt die durch die Einfuhrscheine gegebene stete Ausfuhrmöglichkeit, daß die Preise der Inlandmärkte sich auf einer Höhe halten, die um einen gewissen Betrag höher ist, als der Preis auf den leicht erreichbaren zollfreien Getreidemärkten des Auslandes. Wie sehr auch unter dem Einfuhrscheinsystem die Getreidepreise schwanken, lehrt die Tatsache, daß z. B. in Danzig der Weizenpreis sich pro Tonne im Jahre 1905 auf 165,2 Mk., 1906 auf 168,6 Mk., 1907 auf 202,2 Mk., 1908 auf 208,3 Mk., 1909 auf 228,8 Mk., 1910 auf 206,9 Mk. stellte. Der Preisunterschied zwischen 1905 und 1909 beträgt also nicht weniger als 63 Mk.

Wie sich diese Preisregulation vollzieht, mag folgendes Beispiel veranschaulichen:

Nehmen wir an, Weizen gleicher Qualität koste in Königsberg 205, in Kopenhagen 160 Mk. pro Tonne; dann lohnt es sich für den Königsberger Getreidegroßhändler nicht, von Königsberg Weizen nach Kopenhagen zu schicken; denn beträgt auch die Zollvergütung 55 Mk. pro Tonne, so vermag er doch seine Einfuhrscheine zurzeit vielleicht nur mit 3 Prozent Abschlag (Disagio) an der Börse zu verkaufen, er erhält pro Tonne Weizen nicht 55 Mk., sondern nur 53,35 Mk. Zollvergütung; außerdem aber muß er vielleicht noch 8 Mk. pro Tonne für Transportkosten und sonstige Spesen rechnen. Er würde also beim Handel nichts verdienen.

Anders stellt sich die Sache, wenn infolge starken Angebots der Preis in Königsberg auf 195 Mark pro Tonne sinkt. Sofort wird das Geschäft lohnend. Nehmen wir an, der Königsberger Exporteur hätte 500 Tonnen zu verkaufen. In Königsberg würde er erhalten:

500 Tonnen × 195 Mk. =	97 500.
Schickt er dagegen seinen Weizen nach Kopenhagen, ergibt sich für ihn folgende Rechnung:	
500 Tonnen × 160 Mk. =	80 000 Mk.
Einfuhrscheine: 500 × 55 Mk. abzüglich 3 Proz. }	= 26 675
	106 675 Mk.

Davon ab Transportkosten und sonstige Spesen
500 Tonnen a 8 Mk. = 4 000 Mk.
102 675 Mk.

Folglich Gewinn 5 175 Mk.

Ein schönes Geschäft! Aber der Gewinn läßt auch andere Getreidehändler, Weizen nach Kopenhagen zu werfen. Die Folge ist, daß dort die Preise sinken, während in Königsberg die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot steigt und demnach der Weizenpreis „anzieht“, d. h. in die Höhe geht. Nun wird der Export unrentabel und hört vorläufig auf.

* Siehe letzte Freitag-Nummer.

So wird, falls die Preise auf den östlichen Getreidemärkten sinken, durch den alsbald einsetzenden Export immer wieder bewirkt, daß sie sich im Durchschnitt auf einem bestimmten Niveau über dem Weltmarktpreis halten.

Wie beträchtlich die Förderung der Getreideausfuhr durch das Einfuhrsystem ist, beweist die Tatsache, daß, während früher nur ganz geringe Quanten von Getreide aus Deutschland ausgeführt wurden, in den letzten Jahren die Ausfuhr von Roggen die Einfuhr beträchtlich überstiegen hat, und die Ausfuhr von Hafer fast die Einfuhr erreicht.

Es wurden nämlich 1909 und 1910 an Roggen ein- und ausgeführt:

	eingeführt	ausgeführt
1909*	274 722 Tonnen	650 544 Tonnen
1910:	389 508	820 007

Fast alle Länder Europas haben Roggen aus Deutschland erhalten: vornehmlich Dänemark, Norwegen, Holland, aber auch Rußland, Schweden und Finnland, und selbst nach Belgien, Frankreich und England sind große Mengen deutschen Roggens verschifft worden.

Ähnlich verhält es sich, wie die folgenden Zahlen beweisen, mit Hafer. Es wurden

	eingeführt	ausgeführt
1909:	527 941 Tonnen	300 283 Tonnen
1910:	457 721	436 580

Der größte Teil des ausgeführten Hafers ging nach England, Dänemark, der Schweiz, Schweden und Holland, doch hat selbst Rußland im Jahre 1909 = 31 833 und im Jahre 1910 = 11 231 Tonnen Hafer aus Deutschland erhalten.

Sogar die Weizenausfuhr ist ganz beträchtlich gestiegen und hat im vorigen Jahre nicht weniger als 281 389 Tonnen betragen im Werte von fast 52 Millionen Mark. So hat Frankreich 112 231, Holland 42 490, Schweden 34 671, Belgien 29 331, Dänemark 21 071 Tonnen Weizen von Deutschland erhalten.

Das Einfuhrscheinsystem wirkt also wie eine Ausfuhrprämie. Durch den enormen Export wird das Angebot auf den Märkten Ostasiens künstlich verringert, der Preis hochgehalten. Solche Preishochhaltung liegt nun sicherlich im Interesse des großen Landwirts. Es ist dem Herrn Rittergutsbesitzer, der vielleicht 1000 Tonnen Roggen zu verkaufen hat, keineswegs einleuchtend, ob er pro Tonne 170 oder 150 Mark erhält, denn im ersteren Falle stellen sich seine Einkünfte um 20 000 Mark höher. Aber hat auch die Arbeiterklasse, der Mittelstand, der kleine, Roggen kaufende Viehzüchter irgendein Interesse an dieser Erhaltung hoher Weizen-, Roggen-, Hafer- und Gerstepreise? Was der Getreide verkaufende Großgrundbesitzer und der Korn-Großhändler infolge des Einfuhrscheinsystems mehr „verdienen“, müssen diese Bevölkerungsschichten aus ihrer Tasche bezahlen. Früher, als noch nicht das heutige Einfuhrscheinsystem bestand, da drückte in reichen Erntejahren die Fülle des Angebots auf die Getreidepreise im Osten, so daß die Konsumenten in solchen Zeiten nur einen Teil des Zolls trugen; jetzt müssen auch im Osten die Konsumenten im Getreidepreis den ganzen oder doch fast den ganzen Zoll zahlen. Für die „notleidenden“ Landwirte, die mehrere hundert Hektar mit Getreide bebauen, eine recht vorteilhafte Einrichtung, denn durchschnittlich bringt ein Hektar im Osten einen Ertrag von 32—36 Zentner Roggen oder 35—50 Zentner Weizen — für die unteren, schwer um ihren Lebensunterhalt kämpfenden Volksschichten aber eine weitere Erhöhung ihrer Ausgaben, die in der heutigen Teuerungszeit um so schwerer auf ihren Schultern lastet, als auch die Fleisch-, Gemüse-, Kartoffel- und Rapspreise beträchtlich gestiegen sind.

Die Reichstagswahl.

Liberaler Bauernbund und Sozialdemokratie.

Im westpreussischen Wahlkreise Elbing-Marien-burg, wo der Junker von Oldenburg sein Mandat gegen unseren Genossen Crispian verteidigen muß, haben sich Freikonservative, Nationalliberale und Freisinnige in einem förmlichen vaterländischen Wahlverein vereinigt, um angeblich den über-agrarischen Janusgauer zu stürzen. Die Hauptmacher des „vaterländischen“ Unternehmens sind: Millionär Biese, Besitzer der Schichauwerften in Elbing und Danzig und

ein Justizrat Stroh aus Elbing. Mit Biese'schem Geide wurde die linksliberale „Altpreussische Zeitung“ in Elbing für das „vaterländische“ Unternehmen angekauft und umgetauft in „Elbinger Neueste Nachrichten“. Dies Blatt verbraucht Riesen-Zuschüsse, da es als Tagesblatt nur etwa 3000 bis 5000 Abonnenten — inklusive Gratis-abonnenten! — hat. Daß hauptsächlich Ziele die Gelder hergibt, um einen ihm genehmen Kandidaten durchzubringen, ist in Westpreußen offenes Geheimnis. Als Kandidat der „Vaterländischen“ produziert sich ein Elbinger Forstrat, der sich, sollte er gewählt werden, „vielleicht den Freikonservativen, vielleicht den National-liberalen“ anschließen würde.

Der „vaterländische“ Wahlverein ließ nun in den beiden größten Städten des Wahlkreises, Marienburg und Elbing, den früheren Antisemiten, jetzigen Bauernbündler und Reichstagsabgeordneten Dr. Böhme als Redner auftreten, damit der Forstrat mal hören konnte, welche politische Richtung er zu gehen habe. Unter ungeteiltem Beifall der vereinigten Liberalen erklärte Böhme, daß die wirtschaftlich schlechte Lage nur durch indirekte Steuern behoben werden könne! Daneben sei er auch für eine Nachlaststeuer, wobei aber im Interesse des Mittel-landes alle Nachlässe bis 100 000 und 150 000 Mk. (mit Mobilien) steuerfrei bleiben müßten. Herr Böhme ist auch für eine Umsatzsteuer, die mit 20 000 Mk. beginnt und bis 40 000 Mk. ein pro Mille, bis 60 000 Mk. zwei pro Mille beträgt usw. Neben einigen Unwahrheiten über die Sozialdemokratie, die nach Böhme wünscht, „daß das Handwerk zugrunde gehe“ und die „teilen wolle“, ist seine Stichwählerklärung bezeichnend für die Liberalen. Auf die Frage, für wen sich der „vaterländische“ Wahlverein in der Stichwahl zwischen dem Agrarier Oldenburg und dem Sozialdemokraten Crispian entscheiden werde, antwortete Böhme nach der „Elbinger Zeitung“ vom 3. November 1911:

„Wir sind allerdings hergekommen, um die Konservativen aus diesem Wahlkreis herauszuwerfen. Aber hätten wir die Wahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Konservativen, wir wählen ohne Bedenken den Konservativen, und wäre es der ärgste Agrarier. Denn die stehen doch auf monarchischer Grundlage und sind eine staatserhaltende Partei, während die Sozialdemokratie den Umsturz will. Sie will die Republik, sie will teilen.“

Der Kandidat der vereinigten Liberalen und Freikonservativen erklärte ausdrücklich, daß er voll und ganz die Anschauungen des Dr. Böhme vertritt. Dies Bekenntnis liberaler Heidenfellen: Lieber den Oldenburg, der vor einem Staatsstreich nicht zurückdreht, wenn es gilt, den Reichstag zu beseitigen, als den Sozialdemokraten zu wählen, kommt gerade noch zur rechten Zeit für den Wahlkampf.

Wie konservative Begeisterung entsteht.

In konservativ-bündlerischen Versammlungen gibt es stets „brausenden“, „nicht endenwollenden“, „begeisterten“ Beifall, auch wenn die Redner ganz nichtsagende Bemerkungen gemacht haben. Dem Kundigen war es klar, daß es sich dabei nur um eine wohlintendierte Komödie handeln konnte. Das wird nun auch bekräftigt durch folgenden Brief, den der „Neue Sörischer Anzeiger“ veröffentlicht:

„Köpenburg O.-L., 28. Oktober 1911.

Von dem Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei, Herrn Goldschmidt-Berlin, ist morgen, Sonntag, den 29. d. M. abends 8¼ Uhr, im Reichen Garkhof in Nieder-Rengersdorf eine öffentliche Wahlerversammlung einberufen. Als Gegenredner wird in der Diskussion der Parteisekretär der Reichspartei, Herr v. Trotha, und auch ein anderer Redner sprechen und für die Kandidatur des Herrn Landrats Dr. Hegenscheid-Hoyerswerda eintreten. Es erscheint deshalb dringend erwünscht, daß die freisinnige Versammlung auch von einer Anzahl Herren besucht wird, welche die Partei des Herrn Landrats Hegenscheid vertreten und die Herrn v. Trotha in der Versammlung unterstützen (Beifallskundgebungen usw.). Es ergeht deshalb an Sie als Vertrauensmann des reichstreuen Wahlvereins hiermit die Bitte, im vorstehenden Sinne an der Versammlung teilzunehmen und auch andere gleichgestimmte Wähler zu einer dementsprechenden Teilnahme zu bewegen.

Hochachtungsvoll

namens des Vorstandes des reichstreuen Wahlvereins für den Kreis Rottenburg O.-L. Thomas, Schrift- und Kassenvorführer.“

Dieser Herr Thomas ist Sekretär des Landratsamtes Rotenburg, der konservative Kandidat ist sein Vorgesetzter, der Landrat des Kreises Rotenburg! Natürlich hat der Landrat absolut keine Kenntnis davon, daß sein Sekretär dafür sorgt, daß für konservative Redner Claqueure mobil gemacht werden.

Abtrünnig ist es beim anderen Flügel des schwarz-blauen Blocks, dem Zentrum, um kein Haar anders. Hat doch auf dem Mainzer Katholikentag ein Redner den Wortlaut seiner Rede an die Journalisten verteilen lassen, noch bevor er sie gehalten hatte, und in die vervielfältigte Rede waren auch die Beifallsbezeugungen eingezeichnet.

Politische Rundschau

Deutschland.

Welfischer Hochverrat.

Unter dieser schreienden Spitzmarke verbreiten alle deutsche Blätter Sensationsnachrichten über angebliche Verschwörungen in Hannover. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ruft nach dem Staatsanwalt und versichert ihm, sie habe die Beweisstücke in Händen, daß der Herzog von Cumberland mit seinen Geldmitteln Bestrebungen unterstütze, die die Wiederaufrichtung des hannoverschen Königreichs und die Wiederherstellung der Zustände vor 1866 unter Einfügung Österreichs in den deutschen Staatenbund und Niederzwingung der preußischen Vormachtstellung zum Zweck habe.

Die Staatsanwaltschaft wird sich vermutlich hüten, sich durch ein Eingehen auf diese läppischen Rindereien zu blamieren.

Das Marokko-Abkommen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht am Montag abend das deutsch-französische Abkommen über die beiderseitigen Besitzungen in Äquatorial-Afrika. Der Inhalt der Veröffentlichung deckt sich mit den bereits verbreiteten Meldungen über das Resultat der Aktion.

Zum Fall Lindequist.

Die „Königsberger Allgem. Ztg.“ kann auf Grund „sicherer Informationen“ feststellen:

Der Staatssekretär des Kolonialamts hat erst am Montag, dem 30. Oktober, amtlich Kenntnis von der endgültigen Fassung des Kongo-Abkommens erhalten. Bis dahin war das Kolonialamt zwar zu Gutachten über die verschiedenen auftauchenden Projekte und Kompensationsmöglichkeiten aufgefordert worden, die definitiven Absichten des Herrn v. Riberken-Wächter blieben aber solange dem Herrn v. Lindequist verborgen.

Lindequist und Bethmann-Hollweg vor dem Ehrenrat.

Ein Berliner Mittagsblatt will erfahren haben, daß der bisherige Staatssekretär v. Lindequist wegen der heftigen Form, in der er von den offiziellen Blättern angegriffen worden ist, sich in seiner persönlichen Ehre beeinträchtigt fühlt und deshalb den militärischen Ehrenrat anzurufen beabsichtigt. Dieser Schritt soll ihm von einem hohen Offizier dringend angeraten worden sein. Wenn Herr v. Lindequist seine Absicht in die Tat umsetzt, und wenn der Ehrenrat dann die ganze Haltung des Staatssekretärs für berechtigt ansieht, dann ist das indirekt eine Schlappe für den Reichskanzler.

Doppelspiel des Auswärtigen Amtes.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die natürlich wie alle Organe der Kriegshegepartei, das Marokko-Abkommen in Grund und Boden verdammt, erhebt in der Abendausgabe vom 4. November diese schweren Anschuldigungen gegen das Auswärtige Amt:

„Im Auswärtigen Amt wird es kein Mensch ernsthaft bestreiten, daß man dort schon einige Wochen vor dem Tag von Agadir Männer unseres öffentlichen Lebens, Politiker und Journalisten, darauf vorbereitete, man plane in der Marokkopolitik „einen großen Schlag“. Diese Andeutungen konnten im Zusammenhang mit den Verlautbarungen der „Nordd. Allg. Zeitung“ nicht anders aufgefaßt werden, als daß das Auswärtige Amt ein Auge auf Marokko geworfen habe, zumal da weiter bekannt gegeben wurde, daß man im Auswärtigen Amt gutachtliche Anmerkungen von Landeskeimern gerade über Südwest-Marokko wünschte. Ebenjemenig wird man bestreiten wollen, daß man im Auswärtigen Amt — wir wählen absichtlich diese Fassung — unmittelbar nach dem Tage von Agadir, als Herr v. Riberken-Wächter fern von Berlin in Stuttgart weilte, angehenden Politikern und Journalisten gerade von der Notwendigkeit des Erwerbes einer geeigneten Siedelungskolonie gesprochen hat, und es konnten diese Äußerungen wiederum nicht anders aufgefaßt werden, als daß das Deutsche Reich in Süd-Marokko Fuß zu fassen beabsichtige, wie auch ganz besonders betont werden muß, daß eine andere Auffassung nach der Art, wie jene Mitteilungen gemacht wurden, garnicht möglich war.

Es ist eine weitere Tatsache, daß am 8. Juli eine Versammlung von nationalen Politikern und Journalisten in Berlin zusammentrat, die sich unter Wissen und mit Billigung des Auswärtigen Amtes auf die Vertretung folgender vier Programmpunkte einigte:

1. Verlangen der Rückkehr Frankreichs auf den Boden der Agadir-Akte.
2. Wenn Frankreich sich hierzu außerstande erklärt: Anstreben einer Teilung Marokkos in Einfluß-Sphären und Beanspruchung Südwest-Marokkos als deutsche Interessensphäre.
3. Ablehnung jedes auftauchenden Konferenzplanes, Beschränkung der Verhandlungen nur auf Frankreich und das Deutsche Reich.
4. Ablehnung des hier und da erörterten Planes der Anlage eines Flottenstützpunktes in Agadir oder in einem andern Hafenplatz der künftigen deutschen Einflußsphäre.

Wir kündigen übrigens jetzt schon an, daß diese Bedingungen in dem Prozeß Cleinow — „Mannesmann-Briefe“ — in dem wir, die „Post“ und die „Tag-

liche Rundschau“ den wegen Vertretung der ursprünglichen Absichten des Auswärtigen Amtes u. a. erhobenen Vorwurf der „Trennung der öffentlichen Meinung“ zurückzuweisen haben — an Gerichtsstelle öffentlich unter Zeugen und, wenn man will, unter Nennung der Namen der in Betracht kommenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes, erhärten werden.“

Die Banken wollten den Krieg nicht.

Die „Welt am Montag“ erfährt angeblich aus sicherer Quelle folgendes:

„Die öffentliche Meinung ist nicht im Zweifel darüber, daß der deutsche Kaiser es gewesen ist, der eine den Frieden gefährdende Behandlung der Marokkofragen gehindert hat. Diese Ansicht ist richtig. Aber der Kaiser ist nicht von vornherein entschlossen gewesen, seine friedlichen Neigungen auf alle Fälle durchzusetzen, sondern er ist dazu erst durch folgende Vorgänge bestimmt worden: Als der „Panther“ nach Agadir entsandt wurde, trat der Kaiser seine Nordlandsreise an. Trotzdem erreichten ihn Briefe des russischen Kaisers und des Königs von Großbritannien, in denen hingewiesen wurde auf die Gefahr für den europäischen Frieden, die aus dem Marokkowitz drohe. Der Kaiser ließ daraufhin bei den deutschen Großbanken sondieren, und als ihm die Auskunft zuteil wurde, daß die finanzielle Bereitschaft nicht stark sei, wurde das Auswärtige Amt angewiesen, die Verhandlungen in einer den Frieden verblühenden Weise zu führen, was dann auch geschehen ist.“

Die „nationale Ehre“ war also diesmal nicht in Gefahr, weil die Großbanken die Hand auf den Beutel legten!

Die Leibeigenen des Zentrums.

Die konservative „Eleganter Zeitung“ brachte am 31. Oktober einen Artikel „Zum Reformationsfest“, der, wie das ganz natürlich erscheint, in eine uneingeschränkte Verherrlichung Luthers ausklang. Aber Luther wird nicht nur als konfessioneller Reformator gefeiert, es wird ihm das Verdienst zugeschrieben, die deutsche Sprache in Prosa und Poesie recht zu Ehren gebracht zu haben.

„Auf seinen Schultern stehen unsere großen deutschen Klassiker, er ist der Wegbereiter und Anbahner der deutschen Einheit und des modernen deutschen Kaiserturns. Auf Dr. Martin Luther läßt sich das Wort unseres Dichters anwenden: „In Frohsinn und Lust sei das Volk verbannt, das seinen Luther hat verkannt!““

„Som evangelisch-lutherischen Standpunkt, auf dem ja die Konservativen stehen, ließ sich gegen diesen Artikel nichts einwenden. Und doch brachte die „Eleganter Zeitung“ am Tage nach dessen Erscheinen diese Erklärung:

„Der Aufsatz „Zum Reformationsfest“ in Nr. 256 der „Eleganter Zeitung“ ist ohne Wissen der verantwortlichen Redaktion erschienen, die sich mit den in dem Artikel enthaltenen Ausführungen in keiner Weise identifiziert.“

Die Macht des Zentrums ist groß und die Wahlen sind nahe.

Das dicke Ende.

Nach einer von der „Köln. Ztg.“ veranstalteten Umfrage unter hervorragenden deutschen Sachverständigen über den Wert der deutschen Kongo-Kolonie ist das Kompensationsgeschäft für Deutschland als vorteilhaft zu bezeichnen. Notwendig aber ist es nach Auslassungen, die genügenden Mittel zu bewilligen, um in wenigen Jahren die Einrichtung und Instandsetzung der Kolonie zu vollziehen. Vorerst ist mit einer starken Vermehrung der Schutztruppe Kameruns zu rechnen. Angesichts der Tatsache, daß die Schutztruppen eine ungeheuer kostspielige Einrichtung sind, ist anzunehmen, daß vom Reichstage ganz enorme Summen verlangt werden. Die „Sachverständigen“ der Regierung werden natürlich nicht verfehlen, das Kongogebiet als ein Seitenstück zu dem biblischen Paradies hinzustellen. Was man in Deutschland auf dem Gebiete phantastischer Märchen-erzählung zu leisten versteht, dafür hat uns Dernburg mit seiner unsterblichen Dattelkiste eine Probe geliefert.

Das Reichsvereinsgesetz im „liberalen“ Meinigen.

In Hildburghausen, einem Städtchen im ersten Meininger Reichstagswahlkreis, versuchten unsere Genossen schon längere Zeit, eine Versammlung abzuhalten, konnten aber durch die Saalabtreiber der Segner (in Betracht kommen Freisinnige und Agrarier) kein Lokal bekommen. Man beabsichtigte nun, eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten und ersuchte den Magistrat, eine solche an einem Sonntag nachmittag auf dem Marktplatz zu genehmigen. Hierauf erhielten unsere Genossen folgende Antwort:

Die Anmeldung entspricht nicht der Vorschrift des § 7 des Vereinsgesetzes, wonach die Genehmigung unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen ist. Die Zeitangabe des Gesuches ist aber unvollständig. Der Magistrat weist aber jetzt schon darauf hin, daß die Genehmigung zu einer öffentlichen politischen Versammlung auf dem Marktplatz nicht erteilt werden könnte, da bei dem voraussichtlich starken Besuch bei der Größe des Marktes, der von stark benutzten Verkehrswegen gekreuzt wird, Gefahr für die öffentliche Sicherheit (der Teilnehmer und der Zuschauer) gegeben ist. Da zudem die Versammlung an einem Sonntag stattfinden soll, so ist die Befürchtung, daß die Versammlung Gelegenheit zu Reibungen und Ausschreitungen unter den einander gegenüberstehenden Parteien und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit auf dem Marktplatz geben kann, nicht ungerichtlich.“

Was sagt Herr Müller-Meinigen, der den ersten Meininger Wahlkreis im Reichstage vertritt und einer der Schöpfer des Reichsvereinsgesetzes ist, zu dieser „liberalen“ Auslegung seines Produkts? Mit einer solchen Begründung kann man schließlich jeder öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel die Genehmigung verweigern. Wie verlautet, werden unsere Hildburghäuser Genossen wegen dieses Bescheides an den zurzeit tagenden Landtag appellieren, und dort wird es sich dann zeigen, ob die „Freisinnigen“ den Hildburghäuser Magistrat desavouieren oder nicht.

Finnland.

Massendemonstrationen. Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt: Am 29. Oktober veranstaltete die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Finnland im ganzen Lande gewaltige Protestversammlungen, die von Tausenden Arbeitern und Arbeiterinnen besucht wurden. Die Versammlungen waren einberufen worden, um gegen ein empfindendes Klassenjustizurteil des Hofgerichts von Abo zu protestieren. Das Gericht hatte 61 Arbeiter zu neun Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt und ihnen die Bürgerrechte auf mehrere Jahre aberkannt, weil sie anlässlich eines Streiks auch für 2 Tage Lohn gefordert hatten, während dieser sie auf die Lohnauszahlung hatten warten müssen. Der Unternehmer war wegen Rötigung klagbar geworden, und das Gericht hatte der Klage entsprechend geurteilt. Infolge dieser unerhörten Klassenjustiz ist die finnische Arbeiterchaft aufs tiefste empört. Wie ein Mann ging sie zu den Protestversammlungen, und in seltener Einmütigkeit wurde das Klassenjustizurteil im ganzen Lande von der Arbeiterschaft verurteilt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 7. November.

Achtung, Bauarbeiter! über die Firma Glogner ist bei den Ausschachtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Rabenstraße) wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Tarifkommission.

Die Lithographen und Steindrucker, welche bisher auf den Lubeccawerken beschäftigt waren, haben nunmehr ebenfalls die Arbeit eingestellt. Auch das gesamte Hilfspersonal ist heute nicht wieder an seine Arbeitsplätze zurückgeführt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute, Dienstag abend, im „Gewerkschaftshaus“ statt. Zahlreicher Besuch ist notwendig.

Bürgerchaftswahl. Vom Statistischen Amt wird uns mitgeteilt: Nach den abgeschlossenen Wählerlisten beläuft sich die Zahl der wahlberechtigten Bürger auf 10406, nämlich 9395 in der Stadt und 1011 auf dem Lande. Davon entfallen 3198 oder 30,7 Proz. (1909: 30,1 Proz.) auf die Abteilungen I und II und 7208 oder 69,3 Proz. (1909: 69,9 Proz.) auf die Abteilungen III und IV. In den vier städtischen Bezirken können 541, 602, 669 und 1094 in Abteilung I und 1524, 1981, 1540 und 1444 in Abteilung II stimmen. Gegen 1909 hat die Zahl der Wahlberechtigten um 566 oder 5,3 Proz. zugenommen, in den Abteilungen I und III um 235 oder 8,0 Proz., in den Abteilungen II und IV um 331 oder 4,8 Proz. Die Wähler erster Klasse sind also stärker gewachsen.

Endlich! Nachdem wir gestern darauf aufmerksam gemacht hatten, daß man es anscheinend vergessen hätte, die Wahllokale für die Bürgerchaftswahl bekannt zu geben, sieht sich heute der Vorsitz der Bürgerchaftsversammlung veranlaßt, die folgende amtliche Bekanntmachung zu erlassen: Die Wahlversammlungen im Städtchen Travemünde und in den Landbezirken finden am Dienstag, den 14. November statt, und zwar A. Die Wahlen der Abteilung III. 1. für den fünften Wahlbezirk (Städtchen Travemünde) in der Krögerischen Gastwirtschaft, Travemünde, Torstraße 1, zur Wahl eines Vertreters, 2. für den sechsten Wahlbezirk (Travemünder Landbezirk) in der Krögerischen Gastwirtschaft, Travemünde, Torstraße 1, zur Wahl eines Vertreters (bis zum Dezember 1913), 3. für den siebenten Wahlbezirk (Burgtor-Landbezirk) in Böges Gasthof zu Schlutup, zur Wahl eines Vertreters, 4. für den achten Wahlbezirk (Holtentor-Landbezirk) im Restaurant „Weißer Hirsch“, Krempebörfer Allee Nr. 27, zur Wahl eines Vertreters, 5. für den neunten Wahlbezirk (Mühlentor-Landbezirk): a. für den die Gemeinden Strednig, Genin, Moiskling, Niendorf, Reede und Moorgarten umfassenden Unterbezirk im Schreibers Kaffeehaus zu Moiskling, b. für den die Gemeinden Wulfsdorf, Borrade, Blantenlee, Weidendorf, Krummsee, Kronsforde, Niederbüßau und Oberbüßau umfassenden Unterbezirk im Gasthof Krummsee Baum, zur Wahl von zusammen einem Vertreter, 6. für den zehnten Wahlbezirk (Rigerauer Landbezirk): a. für den die Gemeinden Dicksdorf, Sierkrade, Hollenbeck, Weidendorf, Albsfelde, Giesensdorf und Harmsdorf umfassenden Unterbezirk in Ehlers Gastwirtschaft zu Behlen-dorf, b. für den die Gemeinden Nüsse, Rigerau, Bogensee, Groß-Schretsteden, Klein-Schretsteden und Tramm umfassenden Unterbezirk in Büßes Gastwirtschaft zu Nüsse, zur Wahl von zusammen einem Vertreter. B. Die Wahlen der Abteilung IV für den fünften und sechsten Wahlbezirk (Städtchen Travemünde und Travemünder Landbezirk) in der Krögerischen Gastwirtschaft, Travemünde, Torstraße Nr. 1, zur Wahl von zusammen einem Vertreter. Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 2 Uhr nachmittags geschlossen. Der Zutritt zur Wahl ist denjenigen frei, welche in dem betreffenden Bezirke und in der betreffenden Abteilung wahlberechtigt sind; sie haben erforderlichenfalls ihre Identität nachzuweisen. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein. Stimmzettel, bei welchen hiergegen verstoßen wird, sind zurückzuweisen. Jeder Wähler hat nur einen Stimmzettel abzugeben. Der Stimmzettel darf nicht mehr Namen enthalten, als Vertreter zu wählen sind. Die Namen sind außerhalb des Wahllokals auf den Zettel zu setzen. Der Wähler übergibt, sobald sein Name in der Wählerliste aufgefunden ist, seinen Stimmzettel zusammengefaßt dem Vorsitzenden des Wahllokals oder dessen Stellvertreter, welcher ihn uneröffnet auf der Rückseite mit einem Stempel versehen und in die Wahlurne legt. Bei den Wahlen in den Wahlbezirken fünf bis zehn ist der Stimmzettel in die für diesenige Abteilung bestimmte Urne zu legen, welcher der Wähler angehört. Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt öffentlich.

Es ist bedauerlich, daß man für die viertklassigen Wähler nur ein Wahllokal bestimmt hat. Den in Rüdign, Dummmerstorf usw. wohnhaften Bürgern ist es so fast unmöglich gemacht, ihr Wahlrecht auszuüben, zumal die Wahlhandlung schon mittags 2 Uhr geschlossen wird. Alle sechs Jahre dürfen die ländlichen Bürger vierter Klasse nur wählen, und dann gibt man ihnen nicht einmal die erforderliche Gelegenheit dazu.

Bezüglich der Wahllokale für die städtischen Bezirke wird noch immer ein merkwürdiges Stillschweigen beobachtet. Wahrscheinlich will man auf diese seltsame Art das Wahlgheimis wahren.

Zur Lohnbewegung der staatlichen wie städtischen Arbeiter Lübeck schreibt deren Organ: Im Dezember 1910 wurde den städtischen wie staatlichen Arbeitern eine kleine Zulage von 2 Pfg. gewährt. Die Lohnsätze gestalteten sich danach für die Gasarbeiter: Retortenarbeiter 4,50 Mk. pro Schicht, Plagarbeiter 3,70 Mk. pro Tag, Siedl., Wege-, Garten-, Wasser- und Kanalbauarbeiter erhielten einen Stundenlohn von 36 Pfg. Alle Bemühungen der Organisation wie der Arbeiterschlüsse waren vergebens; von einer weiteren Erhöhung der Stundenlöhne wie Änderung der Arbeitszeit wollte die liberale Staatsverwaltung nichts wissen. In einem Antwortschreiben der Baudeputation, das dem Arbeiterschlusse zuging, stellte man lähn die Behauptung auf, daß keine Veranlassung vorläge, die Löhne weiter zu erhöhen, weil in der letzten Zeit keine weitere Preissteigerungen erfolgt seien. Schon im Herbst 1909 war seitens der Lübeckischen Staatsarbeiter um einen Stundenlohn von 40 Pfg. petitioniert worden. Die Wünsche und Forderungen waren seinerzeit schon auf das Allernotwendigste beschränkt worden. Wenn nun die Baudeputation in ihrem Antwortschreiben erklärt, daß vom Dezember 1910 bis März 1911 keine weitere Teuerung stattgefunden hat, so mag dies vielleicht recht sein (obwohl es nicht ganz stimmt! D. R.) Es war aber auch keine weitere Teuerung notwendig. Das Gegebene reichte unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr aus, oder reichte schon lange nicht mehr. Stundenlöhne von 36 Pfg. sind gewiß nicht dazu angetan, den gegenwärtigen Verhältnissen gerecht zu werden. Dies schien die Verwaltung der Baudeputation aber nicht zu wissen. Der Arbeiter, der mit diesem horrenden Lohn zu wirtschaften hatte, verspürte es aber allzulehr an seinem Leibe. Unermüdet haben, trotz des ablehnenden Standpunktes der Baudeputation, die Arbeiterschlüsse für ihre Mitarbeiter den Kampf fortgesetzt. Die Gasarbeiter, denen kein Ausschuss zur Seite stand, haben Wege gefunden, ihre Forderungen anzubringen. Jetzt, wo in allen Städten und Gemeinden unter der obwaltenden Teuerung Anträge auf Verbesserung der Beamtenegehälter wie Aufbesserung der Arbeiterlöhne gestellt werden, erinnert sich die Staatsbehörde Lübeck ihrer Rückständigkeit. Trozalledem ist man heute noch nicht den Wünschen der Arbeiter von 1909 entgegengekommen. War doch schon 1909 die Notwendigkeit vorhanden, die Stundenlöhne auf 40 Pfg. zu erhöhen. Heute noch ist man darunter geblieben. Die Baudeputation zahlt immer noch Löhne unter 4 Mk., und zwar für die Mehrzahl ihrer Arbeiter. Jetzt muß man doch einmal ernstlich an die Frage herantreten: Ist es unter dieser enormen Teuerung möglich, unter 4 Mk. pro Tag leben zu können, zumal mit einer Familie? Aber nicht genug des grausamen Spieles, mit einer Hand gibt man den Arbeitern eine Brosame und mit der anderen Hand schneidet man sich nicht, das Gegebene doppelt wieder zu nehmen.

Die Teuerung nimmt von Tag zu Tag zu, der Verdienst der Arbeiter der Baudeputation von Tag zu Tag ab. Ist die Arbeit so geschaffen, daß sie nur bei Tageshelle erledigt werden kann, und die kurzen Tage lassen solchermaßen eine zehnstündige Arbeitszeit nicht mehr zu, so wird gleichzeitig auch der Lohn geringer. Unter diesen Verhältnissen geht es den Arbeitern von Tag zu Tag schlechter, die Löhne fallen, die Ausgaben im Winter steigen. Man ist sich im ganzen Lande in allen Parlamenten, in den Städten und Gemeinden darüber einig: die Teuerung wird eine anhaltende sein. Jede Teuerung bringt den Arbeiter in Not. Wenig lebensfreundliche Ausflüchte für die Lübeckischen Staatsarbeiter. Nicht wie in anderen Städten verfährt man, wo ein geringer Abzug von etwa 20 bis 30 Pfg. gemacht wird. Lübeck bringt nicht weniger als 1 bis 3 Stundenlöhne in Abzug. Wer es wagt, die Behauptung aufzustellen, daß der Arbeiter im Winter weniger gebraucht, wie im Sommer, mag zurücktreten und einem anderen Platz machen. Seit dem 1. Oktober hat wieder eine Aufbesserung der Löhne stattgefunden. Jetzt gestaltet sich der Lohn für die einzelnen Arbeiterkategorien wie folgt: Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerkarbeiter und Retortenarbeiter 4,80 Mark pro Schicht, Plag-, Erd- und Hofarbeiter pro Stunde 40 Pfennig, Siedl., Wege-, Garten-, Wasser- und Kanalbauarbeiter erhalten jetzt einen Minimallohn von 39 Pfg. die Stunde. Waggerleute, die im Monatslohn stehen, erhielten eine Zulage von 7,50 Mk., deren Mindestlohn beträgt jetzt 107,50 Mk. pro Monat. Von den gelernten Arbeitern haben wenige eine Zulage von 1 bis 2 Pfennig erhalten, die Mehrzahl ist leer ausgegangen. Die Löhne der gelernten Arbeiter auf den Gasanstalten wie in den anderen Betrieben schwanken zwischen 42 und 45 Pfg. Stundenlohn. In der Privatindustrie bestehen hier für dieselben Arbeiterkategorien 55 bis 60 Pfg. pro Stunde. Die Statistik zeigt ja auch, daß Lübeck gegen andere Städte den Löhnen nach an der 30. Stelle steht. Die weiteren Anträge der Arbeiter, zum Beispiel auf Differenzbeziehung zwischen Lohn und Krankengeld, wurden mit der äußersten Schärfe bekämpft. Hier heißt es, welche Belastung würde hiermit dem Staatsäckel auferlegt werden, und weiter würde man auch hiermit Simulantien züchten. Da diese Sache noch nicht zur Abhandlung gekommen ist, wollen wir die Frage noch nicht weiter erörtern. Bedauerlich ist nur, daß, wo heute schon über 100 deutsche Städte längst diesen Ausgleich geschaffen haben, die Freie Hansestadt Lübeck diese soziale Einrichtung noch nicht getroffen hat. Ebenfalls arbeitet man seit 2 Jahren an einem Entwurf für eine Versorgungskasse. Auf diese Frage werden wir noch zurückkommen. Hoffen wir, daß endlich alle Staatsarbeiter einsehen lernen, wie schwer sich die Lübeckische Staatsverwaltung in der sozialen Fürsorge an ihren Arbeitern vergeht. Ein jeder Arbeiter muß einsehen lernen, warum man ihn so niedrig einschätzt. Die Hauptschuld trifft auch die Arbeiter selbst. Der größte Teil der Staatsarbeiter kümmerte sich bisher nicht um die eigenen Interessen. Hoffentlich werden nun wohl auch den vertrauensseligsten Staatsarbeitern die Augen geöffnet sein und sie ihre Konsequenzen hieraus ziehen. Zeigt es sich doch in diesen Fällen wieder klar und deutlich, wie notwendig der Nachdruck durch die Gewerkschaft ist. Wir werden unsere Forderungen von neuem erheben, bis endlich dem gerechten Verlangen auch von Seiten der Staatsverwaltung nachgegeben wird. Dazu bedarf es einigen Zusammenhaltens aller Staatsarbeiter.

Der Sturm, der am Sonntag über Lübeck hinwegbrauste, hat hier wie in unferer engeren und weiteren Nachbarschaft recht erheblichen Schaden angerichtet. Wir fügen unserer gestrigen Notiz noch hinzu, daß verschiedene alte Alleebäume umgerissen wurden. In der Moislinger Allee fiel ein Alleebaum auf die Oberleitung der Straßenbahn und brachte dabei zwei eiserne Masten, welche die Oberleitung tragen, zu Fall. Im Elbe-Trave-Kanal und im Stadtgraben lagen infolge des niedrigen Wasserstandes zahlreiche kleinere Schiffe auf dem Trocknen.

Schlimme Nachrichten kommen aus Schleswig-Holstein und von der Nordseeküste. Von Wesselburen wird berichtet, daß der Damm beim Wesselburener Koog und bei Schülperfließ gebrochen sei. Die Rüge stehen unter Wasser. Aus Schleswig wird gemeldet, daß die Bahn zwischen Rendsburg und Husum nicht mehr verkehren kann, da der Damm überflutet sei. Aus Friedrichstadt seien Wagen mit Booten unterwegs, um die von der Flut eingeschlossenen Menschen bei Süderkapel und Gröbe zu retten. Auch der

der Scheppener Deich bei Gröbe ist gebrochen. Beide Fahrboote sind fortgetrieben. Das Vieh steht bis zum Leib im Wasser. In der Friedrichstädter Gegend soll Vieh ertrunken sein. Militär ist von verschiedenen Garnisonen mit Extrazügen an die bedrohten Orte abgegangen. Infolge des Sturmes ist die Mole in Glückstadt zum größten Teil zerstört. Infolge des furchtbaren Südweststurmes wurde der Elberdeich bei Schwienhusen und Süderkapel durchbrochen und bei Wollersum stark beschädigt. Das Wasser hat die ganze Gegend von Böhlen bis Delve überflutet, die Kleinbahnstrecke Wollen-Bahlhude ist gesperrt, der Bahndamm ist durchbrochen. Die furchtbare Sturmflut hat den Seedeich bei Emmerleff durchbrochen und den Seedeich bei Höyer an zwei Stellen stark gefährdet. Ein Sonderzug mit Sandstrafen ist dahin abgegangen, zwei Schiffe sind gesunken. Ein orkanartiger Südweststurm mit schwerer Brandung zerstörte das Kurhaus, die Strandhalle, die Plattform mit dem Musikpavillon, die Strandburghalle und die Wandelbahn in Westerland. Infolge der stürmischen Witterung und des hohen Wasserstandes ist heute nacht ein Leichter der Firma Holzmann u. Co., mit Steinen beladen im Vorhafen gesunken. Auf der Unterelbe sind bei schwerem Nordweststurm mehrere Fahrzeuge gestrandet oder gesunken. Von den aus England kommenden Wochendampfern ist bisher noch keiner eingetroffen. Im Hafen herrscht Hochwasser. Nach Meldungen aus Tuxhaven ist ein unbekannter Dampfer bei Scharhorn gestrandet und gesunken. Aus Helgoland wird telegraphiert, daß infolge des Sturmes und Hochwassers das Vorderland überflutet ist. Die Rettungstation Helgoland der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 5. November abends wurden durch das Rettungsboot „Clauß Dreier“ von den drei deutschen Jachten „Elisabeth“, „Gefina“ und „Friederike“, sämtlich aus West-Kanderehn, acht Personen gerettet. Es herrschte Weststurm, Stärke 12. Die Rettungstation Wangeroog der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert unterm 6. November: Von dem hier gestrandeten Schiff „Entrißen“ aus Groningen, Kapitän de Boer, mit Steinen von Barel nach Wangeroog bestimmt, wurden neun Personen durch das Rettungsboot „Fürstin Bismarck“ gerettet.

Gegen das Versicherungsgesetz für Privatbeamte erklärte sich gestern eine Versammlung der Lübecker Detailisten, die folgende Resolution annahm: Die heute, am 6. November 1911, in Lübeck verammelten selbständigen Kaufleute stehen dem Verlangen weiter Kreise der Privatangestellten nach einer gesetzlichen Privatbeamtenversicherung grundsätzlich sympathisch gegenüber und erklären sich bereit auch ihrerseits zu einer solchen Versicherung angemessen beizutragen. Die Versammlung lehnt jedoch den dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte einmütig ab, weil seine statistischen und technischen Unterlagen sowie seine umständliche und kostspielige Organisation zu den schwersten Bedenken Anlaß geben. Sie fordert, daß an Stelle der im Entwurf vorgesehenen Sonderversicherung ein Ausbau der Reichsversicherungsordnung stattfindet, da auf diesem Wege, wie einwandfrei nachgewiesen und bisher noch nicht widerlegt ist, das gleiche Ziel mit wesentlich geringeren Kosten als den im Entwurf vorgesehenen erreicht werden kann. Entschiedenem Protest erhebt die Versammlung gegen die Absicht der Reichstagsparteien, über die nach dieser Richtung von den Organisationen der Prinzipalität vorgebrachten begründeten Bedenken und Gegenvorschläge einfach zur Tagesordnung überzugehen und den Entwurf trotz aller Mängel noch durch den jetzigen Reichstag durchzusetzen, nur um für die kommenden Neuwahlen durch dieses Vorgehen die Stimmen der Angestellten zu erkaufen.

Die Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte gibt soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1910 heraus. Danach sind in diesem Jahre 272 Anträge auf Gewährung einer Alters- und 2698 auf Gewährung einer Invalidenrente eingegangen. Die Aufwendungen für Zwecke des Heilverfahrens beliefen sich insgesamt auf 1.107.723,56 Mk. Von den Krankenkassen wurden zurückerstattet 347.778,45 Mk., so daß als tatsächliche Ausgabe der Versicherungsanstalt 759.945,11 Mk. verblieben. Unterstützt wurden von der Versicherungsanstalt die Heilanstalt für Weinleiden in Hamburg, zur Bekämpfung des Alkoholimßbrauchs wurden 2000 Mk. ausgemworfen, die Fürsorgestellen für Lungenkranke erhielten Hamburg 9000 Mk., Bremen 1000 Mk., Lübeck 1500 Mk., das Lupusheim in Hamburg 80 Mk., als Beihilfe zu den Betriebskosten und zu den Kosten der Beschaffung einer sogenannten Margarethenspende erhielten die Gemeinden Alsterdorf 400 Mk., Altengamme 200 Mk., Billwärder 100 Mk., Geesthacht 100 Mk., Kurhaven 200 Mk., Grambke 100 Mk., Osterholz 50 Mk. und Russe 300 Mk. Die Gesamtzahl der versicherten Personen belief sich bis Ende 1910 auf rund 420.000 Personen oder 29,3 Proz. An die Bauvereine von Hamburg, Bremen, Geesthacht und Cuxhaven und an die allgemeine Schiffszimmerer-Genossenschaft in Hamburg sind Kapitalien in Höhe von 1.749.500 Mk. ausgeliehen worden. Die für derartige Zwecke ausgeliehenen Darlehen beliefen sich Ende 1910 auf 9721.900 Mk. Der Kapitalanlagebestand einschließlich des Wertes der den Zwecken der Verwaltung und der Durchführung des Heilverfahrens dienenden eigenen Grundstücke betrug Ende 1910 58.533.717,23 Mk. mit einem Buchwerte von 57.796.041,48 Mk. Gegen das Vorjahr ist eine Vermehrung der Kapitalanlage in der Buchwerthöhe von 3.405.416,66 Mk. gegen 2.250.263,20 Mk. im Vorjahr eingetreten. In dem Kapitalanlagebestande zum Buchwerte von 57.796.041,48 Mk. ist das Gemeinvermögen zu Ende 1910 in Höhe von 1.738.840,53 Mk. enthalten, sodas sich bei für das Sondervermögen verbleibende Teil der Kapitalanlage einschließlich des Buchwertes der eigenen Grundstücke auf 56.057.200,95 Mk. beläuft. Der Wert der eigenen Verwaltungs- und Heilstättengrundstücke ist mit 3.169.267,23 Mk. eingestellt.

Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen finden statt: In Lübeck, Restaurant „Pocken Hof“ am Mittwoch, den 8. Novbr. 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausgeschlossen Krankenträger) der Jahresklasse 1908. Mittwoch, den 8. Novbr. 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausgeschlossen Krankenträger) der Jahresklassen 1909 und 1910 sowie sämtliche zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie, ferner diejenigen Mannschaften der Infanterie der Jahresklasse 1899, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 eingetreten sind.

Am Steuer- und Abgaben gingen im Monat Oktober 1911 beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommensteuer 36.797,98 Mk., Wertzuwachssteuer 15.420,— Mk., Grundsteuer 190.877,08 Mk., Eisenbahnsteuer 1.192,16 Mk., Erbschaftsteuer einchl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 32.933,72 Mk., Veräußerungsabgabe 28.139,27 Mk., Stempelabgaben 11.530,80 Mk., Schiffsabgaben 54.395,38 Mk., Gewerbesteuer 7.309,59 Mk., Fiktionalsteuer 556,18 Mk., zusammen 378.652,16 Mk. gegen 396.547,01 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 17.894,85 Mk. weniger. Vom 1. April bis Ende Oktober gingen insgesamt ein 3.409.707,45 Mk.; das sind mehr 473.166,70 Mk. als im gleichen Monat des Vorjahres.

Konkursöffnung. Aber das Vermögen der Ehefrau Anna Engelbrecht geb. Wiese in Lübeck, Sandstraße 4, Inhaberin eines Buch- und Modewarenhandels ist am 8. November 1911, nachmittags 7.25 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann D. von Schack in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

pb. Warnung vor einem Schwindler. In hiesiger Stadt ist ein Schwindler aufgetreten, der auf folgende Weise Betrügereien ausführt: Er erzählt, daß er aus Hamburg einen Karton mit Straußenfedern, Tuch, einem Silberbo und einem Silberbrett mitgebracht habe, der auf dem Bahnhof lagere und für den er 21 Mk. Zoll vorauslag habe. Unter diesem Vorgeben sucht er Seemannsfrauen auf, von denen er weiß, daß deren Männer zurzeit zur See fahren, indem er hinzufügt, daß er von deren Männern beauftragt sei, den Karton an die betreffenden Frauen abzuliefern. In einem Falle ist es dem Betrüger gelungen, sich 21 Mark zu erschwindeln. In einem zweiten Falle ist es beim Versuche geblieben. Der Unbekannte, der den Eindruck eines Schlachters oder Arbeiters machte, ist etwa 27 Jahre alt, 1,70 Meter groß, hat blondes Haar, kleinen blonden Schnurrbart, volles Gesicht, breitwüchsiges Statur und aufgeworfene Lippen, und war bekleidet mit abgetragenem, graufarbigem, langem Sommermantel, schwarzem steifen Filzhut, Stehfragen mit weißer Krawatte. Es wird vor dem Schwindler gewarnt.

pb. Fahr- und abdiebstahl. Am 6. d. M. ist vom Flur des Hauses Fischstraße Nr. 29 ein Fahrrad ohne Marke, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Torpedofreilauf, Rücktrittsbremse, schwarzen Schutzblechen und der vom Voltzelamt gelieferten Erkennungsnummer 9329 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Verhaftung. Entnommen wurden: Eine Witwe aus Hamburg, die in einem hiesigen Hotel des Diebstahls schuldig gemacht hat. Sie hatte sich 6 Betttücher, 4 Handtücher, 2 Servietten, 1 silbernes Tablett, 1 Leelöffel und ein Badehandtuch angeeignet. Außerdem wurden bei der Festgenommenen 15 Pfandscheine über in Hamburg verleihte Wäschestücke, welche letztere wahrscheinlich auch aus Hotelabstählen herrühren, gefunden. Ein Dienstmädchen von hier, das sich des Diebstahls, der Urkundenfälschung und des Betruges zum Nachteil zweier Frauen schuldig gemacht hat. Sieben finnische bezw. schwedische Matrosen, die an der Untertrave Passanten angetroffen und mit Messern gesochen haben.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet bei kleinen Preisen auf vielteiliges Verlangen eine nochmalige Aufführung des Schauspiel „Glaube und Heimat“ von Karl Schönherr statt. — Am Donnerstag geht zur Feier des Geburtstages Friedrich v. Schillers in neuer Einstudierung „Die Braut von Messina“ in Szene. — In Vorbereitung befinden sich die beiden Opern „Die weiße Dame“ von Voltaire und „Hoffmanns Erzählungen“ von Jacques Offenbach.

Segeberg. Großfeuer. In Wahlstedt brannten die Gemeindegemeinde des Landmanns Heinrich Grode und des Kaufmanns Schack nieder.

Bant. Maßnahmen gegen die Teuerung. Der Magistrat der Stadt Rellingen erließ nach Verständigung mit der Stadtverwaltung Wilhelmshaven kürzlich einen Anschlag, daß die Preise im Kleinhandel mit Lebensmitteln, insbesondere für Kartoffeln, solche sind, die zu den Großpreisen in keinem Verhältnis stehen. Es wurde darauf hingewiesen, daß, wenn die Preise nicht innerhalb acht Tagen herabgesetzt werden, der Magistrat selbst die Beschaffung solcher Lebensmittel in die Hand nehmen und sie zu Einkaufspreisen abgeben würde. Die Wirkung des Anschlags zeigt sich bereits darin, daß Kartoffeln, die vorige Woche mit 3,80 bis 4 Mk. per Zentner verkauft wurden, jetzt mit 3,20 Mk. angeboten werden. Auch Streifen sind im Kleinhandel von 3 Mk. auf 2 Mk. im Preise herabgesetzt. Um der Beschaffung von Fleisch durch die Kommunalverwaltungen zu begegnen, haben einige Fleischer die Preise um 10 Pfennig pro Pfund schon ermäßigt. Die Versorgung mit Geflügel zu Einkaufspreisen hat der Konsumverein in die Hand genommen.

Bürgertafel.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

- Handlungsgehilfe Ahrens. Maurergeselle Bach in Schlup. Klempner und Mechaniker Baer. Schiffsmakleragent Bannow in Travemünde. Maurergeselle Barf. Arbeiter Bartels in Siems. Bierhändler Bidow. Pensionierter Briefträger Böhs in Travemünde. Bureaugehilfe Boht. Malergeselle Boldt. Schneider Bonn. Arbeiter Bülf. Ingenieur Glos. Klempnermeister Dohrendorf. Mechanikergehilfe Driewer. Schneidergeselle Gwers. Arbeiter Fimmern. Zollauffeher Fredersdorf. Arbeiter Gerdes. Zollauffeher Gierich. Arbeiter Gredsmühl. Laternenwärter Gredsmühl. Dachdeckermeister Havemeister. Malergeselle Hein. Kaufmann Hellberg. Tischlergeselle Henning in Travemünde. Arbeiter Hinj. Lehrer Holm. Kaufmann Janike. Arbeiter Jennsen. Schuhmachermeister Johanson. Brofuhmann Rähler. Maurer und Bauunternehmer Kibbel. Maurergeselle Klünder. Lehrer Köhn. Schlachtermeister Kohn. Segelmacher Kropf. Zimmergeselle Kruse. Schlossergeselle Laudon. Maurergeselle Lembcke. Goldschmiedemeister Lohmeyer. Arbeiter Meyer in Travemünde. Tischlergeselle Möller. Schiffszimmergeselle Müller. Arbeiter Nagel. Arbeiter Niemann. Straßenbahnwagenführer Ollmann. Briefträger Paritong. Mechanikergehilfe Peters. Arbeiter Philip. Techniker Pommerente. Drehergeselle Puls. Möbelpacker Putensen. Banddirektor Renner. Dekorationsmaler Richter. Arbeiter Rodds. Bauunternehmer Rofehr. Arbeiter Rubbert. Arbeiter Schielle in Siems. Eisenbrecher Schilppatt. Tischler Schmidt in Travemünde. Lehrer Schröder. Schlossergeselle Schüler. Fellschneider Schütt. Maschinenarbeiter Schütt. Schuhmacher Schulz. Malermeister Schwart. Techniker Sobst. Arbeiter Steffin in Siems. Rutscher Sterly in Schlup. Apothekenbesitzer und Chemiker Dr. phil. Stücken. Schlossergeselle Späßen. Kesselmacher Thürkow. Schlosser Löber. Goldschmied Volgreve. Elektromonteur Zonn. Konzertmeister Türk. Arbeiter Wehr. Buchhalter Weichel. Maschinenmeister Welck. Schuhmacher Wendelborn in Travemünde. Schuhmacher Westphal. Arbeiter Wiese in Dummersdorf. Kaufmann Wilde. Handlungsagent Wilms.

Sie haben am 28. Oktober 1911 vor dem Senate den Bürgeretat geleistet.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steiling. Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma Rud. Karstadt bei.

Liberale Wahllügen.

Se näher der Tag der Reichstagswahlen rückt, desto häufiger findet man in der bürgerlichen Presse Artikel und Notizen, in denen — angeblich auf Grund von Tatsachenmaterial — nachgewiesen werden soll, daß dort, wo die Sozialdemokratie einen entscheidenden Einfluß in den Kommunen hat, eine arge Mißwirtschaft herrscht. Leider ist es nicht immer möglich, diese Artikel und Notizen nachzuprüfen und auf ihren wahren Wert zurückzuführen, weil die Angreifer sich wohlweislich hüten, ihre Behauptungen an Ort und Stelle, d. h. in der bürgerlichen Presse, die in dem betreffenden Ort gelesen wird, aufzustellen. Dort könnte ihnen sofort nachgewiesen werden, daß sie es mit der Wahrheit nicht sehr genau nehmen. Sie laden deshalb ihr Geschreibsel in der außerhalb ihres Wirkungskreises erscheinenden Presse ab, in der stillen Hoffnung, daß die Angreifer hiervon nichts erfahren und deshalb darauf nicht antworten können. Dann aber haben sie „wertvolles Material“ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Kürzlich erschien nun im „Hamburger General-Anzeiger“ unter der Überschrift „Ein Stücklein rotes Himmelreich“ ein Artikel der Frau Marja Voß-Bieg, in dem sie sich mit angeblichen Mißständen in der Gemeinde Stockelsdorf beschäftigt. In Lübecker Blättern, die doch für die in Stockelsdorf wohnhafte Artikelschreiberin in erster Linie in Frage kommen mußten, veröffentlichte sie nichts. Sie hatte hierzu ihre guten Gründe. Denn das, was sie in dem Artikel behauptet, entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Selbstredend ließ sich die bürgerliche Provinzpresse diesen fetten Happen nicht aus der Nase gehen. Sie veröffentlichte unter der Überschrift: „Aus einer sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung“ folgendes:

„Ein Stücklein rotes Himmelreich“ schildert die fortschrittliche Frauenrechtlerin Martha Voß-Bieg im „Generalanzeiger für Hamburg-Altona“ wie folgt:

„Es gibt schon heute Gemeinden, in denen die Sozialdemokratie die Gemeindeverwaltung beherrscht, wo also ein solches Stücklein Himmelreich auf Erden verwirklicht werden könnte. Nicht vor den Toren Lübecks liegt eine große Vorgemeinde von 3- bis 4000 Seelen, zum größten Teil Arbeiterbevölkerung, und zwar Arbeiter aus der Großstadt, denen also geistige Anregung durch die sozialdemokratische Partei zur Verfügung steht. Es ist ihnen gelungen, schon seit Jahren im Gemeinderat die Majorität zu repräsentieren; was also die Gemeinde leitet, ist als das anzuprehen, was diesen Leuten das Wünschenswerte ist. Was tun sie nun für Bildung ihrer Kinder? Es gehören zu dieser Gemeinde große und kleine Schulen; für die großen sechs-klassigen Schulen werden nun jährlich ganze 60 Mk. zur Anschaffung von Lehrmitteln bewilligt. Von dieser schwindelnden Summe müssen aber noch Schwämme, Kreide und dergleichen angeschafft werden. Man kann sich denken, wie vollkommen das Lehrmaterial ist, wieviel Bilder, Karten, physikalische Apparate angeschafft werden, wieviel übrig bleibt, um die Schulräume nach den neuen pädagogischen Grundsätzen durch Bilder, Pflanzen usw. wohnlich und behaglich zu machen. Daß für die Lehrer weder Handtuch noch Waschlauge vorhanden ist, ist ja vielleicht das gute Recht der sozialdemokratischen Regierung, denn diese „Bourgeois“ sollen nicht verwöhnt werden: „alles für die Kinder, die Kinder des

getrockneten Volkes“, ist die Devise. Ist sie das wirklich? Weshalb hat man denn an der einen sechs-klassigen Schule nicht einmal eine Schülerbibliothek, weshalb wollte man der anderen, nachdem dort Schulgebäude und Bibliothek verbrannt waren, nur 50 Mk. (fünfzig Mark) für die Schülerbibliothek der 350 Schüler zählenden Schule opfern und verstand sich nach Vermittlung der Regierung erst dazu, die Summe von 75 Mk. (fünfundfünfzig) zu bewilligen? In der oldenburgischen Gemeinde besteht die Schulpflicht für Knaben bis zum 15. Lebensjahre; um diesem „Zwang“, um dessen Erlangung in anderen Staaten heiß gekämpft wird, zu entgehen, müssen manche dieser Knaben mitten im Schuljahr die Schule verlassen, werden in Lübeck in einen Dienst gegeben, da die Eltern nicht mit fortziehen, und werden dann dort mit 14 Jahren konfirmiert. Die Handarbeitslehrerinnen, an den sechs-klassigen Schulen erhalten für wöchentlich 18 Stunden Unterricht im ganzen 400 Mk. (vierhundert Mark!). Wenn man das heute einem Maurergesellen zu bieten wagen müßte! Ganz rein scheint das Gewissen des Gemeinderats den Lehrern gegenüber nicht zu sein, denn als über den Bodenkau zum Bau von Lehrerwohnungen im Gemeinderat verhandelt werden sollte, wurde sofort Ausschluß der Öffentlichkeit beantragt, da einige Lehrer als alleinige Zuhörer erschienen waren.“

Man sieht, auch die Macht von sozialdemokratischen Gemeindevereinigern führt nicht ohne weiteres zum kommunalen Glück.

Die große Vorgemeinde, welche die Artikelschreiberin im Auge hatte, ist Stockelsdorf. Da ihr Mann dort Lehrer ist, sollte man eigentlich annehmen, daß er die Verhältnisse kennen muß und daß er seiner Frau nur wahre Tatsachen mitgeteilt hätte. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit?

Bei den im November vorigen Jahres stattgefundenen Gemeinderatswahlen errangen unsere Genossen in Stockelsdorf die Majorität. Da die Neuwahlen aber erst am 1. Januar des nächsten Jahres in Funktion traten, so datiert die sozialdemokratische Mehrheit — 8 von 12 — im Gemeinderat erst seit dem 1. Januar 1911 und nicht schon „seit Jahren“. Was bisher von den Lehrern an Geldern zur Anschaffung von Lehrmitteln gefordert worden ist, hat der sozialdemokratische Gemeinderat stets bewilligt. Kein Lehrer ist bis jetzt an letzteren heraustraten mit dem Ersuchen, mehr Gelder hierfür auszuweisen. Es trifft also nicht den Gemeinderat, sondern die Lehrer die Schuld, wenn nicht mehr als 60 Mk. zur Anschaffung von Lehrmitteln ausgeworfen wurden, da Pädagogen im Gemeinderat nicht sitzen. Würden die Lehrer an den Gemeinderat herantreten und Mittel zur Komplettierung des Lehrmaterials oder zur Anschaffung von Apparaten verlangen, anstandslos wäre ihnen das bewilligt worden. Nebenbei bemerkt, ist Physik in diesen Schulen nicht eingeführt, das ist auch noch von keinem Lehrer beantragt worden. Ob in allen sieben Schulen Waschgelegenheit für die Lehrer vorhanden ist, kann der Gemeinderat nicht wissen; noch niemals — auch früher nicht — sind die Lehrer an ihn wegen einer solchen Sache herantreten. Der Gemeinderat war bereit, die geforderten 75 Mk. für die Schülerbibliothek der neuen Schule zu bewilligen. Er verlangte aber, daß ihm ein Mitbestimmungsrecht über die Art der anzuschaffenden Bücher eingeräumt werden sollte. Das war berechtigt, da er nicht wollte, daß im hurrapatriotischen Sinne gehaltene Bücher, die nicht selten ärgste Schundliteratur sind, angeschafft würden. Daß einzelne Eltern ihre Kinder nach Lübeck hin in Logis geben, um sie dort

mit dem vierzehnten Jahre konfirmieren zu lassen, mag richtig sein, ist aber doch nicht Schuld des sozialdemokratischen Gemeinderats. Bezüglich der Handarbeitslehrerinnen liegt die Sache folgendermaßen: Es sind zwei Frauen als Handarbeitslehrerinnen tätig, die jeder Vorbildung in diesem Fach ermangeln. Ihr Unterricht hat unter den Müttern der Schulkinder häufig den allerschärfsten Protest herausgefordert, weil diese beiden Lehrerinnen ihrem Posten anscheinend nicht gewachsen sind. Der Gemeinderat hat es abgelehnt, diesen Lehrerinnen für ihre nebenamtliche Tätigkeit mehr Gehalt zu geben. Er hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß geprüfte Handarbeitslehrerinnen angestellt und mit einem auskömmlichen Gehalt besoldet werden sollen. Es ist selbstredend, daß ein Gemeinderat, wenn er im Zwangsverkauf ein Grundstück zur Errichtung eines Gemeindehauses — nicht zum Bau von Lehrerwohnungen — erwerben will, geheim verhandeln muß. Das bedarf eigentlich gar keiner besonderen Erwähnung.

Diese Tatsachen stehen im schroffsten Widerspruch mit dem, was die Frau Voß behauptet. Sie beweisen, daß auch sogenannte fortschrittliche Damen es verstehen, nach Reichsverbandsmannier zu operieren.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht vergessen, ein paar Worte bezüglich der Lehrer in Stockelsdorf zu sagen. Die besser dotierten Lehrer traten an den Gemeinderat mit dem Ersuchen heran, eine Aufbesserung ihrer Bezüge vorzunehmen. So verlangte der Mann der Frau Voß einen jährlichen Wohnungsgeldzuschuß von 700 Mk. für sich als Nebenlehrer mit Hauptlehrergehalt. Dem konnte nicht entsprochen werden, weil zunächst einmal für eine Besserstellung der Unterlehrer gesorgt werden mußte. Hierfür traten die bessergestellten Lehrer in ihrem Ersuchen nicht ein, sondern nur für sich. Der Gemeinderat hat dann das jährliche Gehalt der Unterlehrer von 900 Mark auf 1000 Mk. erhöht. Vorläufig konnte er weiter nichts unternehmen, da er sich ja auch nach der Decke strecken muß. Für Unterlehrer bezahlt jetzt Stockelsdorf unseres Wissens das höchste Gehalt im Fürstentum. Davon berichtet Frau Voß wohlweislich nichts.

Im übrigen hätte sie alle Ursache gehabt, sich hübsch ruhig zu verhalten. Ist es doch ihr Mann, der seit längerer Zeit überhaupt keine Schule mehr hält — angeblich, weil er krank ist. Trotz seiner Krankheit aber konnte er während der letzten Landtagswahl als Kandidat aufzutreten, konnte abends stundenweite Wege zu Versammlungen unternehmen, konnte in diesen Versammlungen längere Ausführungen machen — kurz, konnte eine intensive Propaganda für seine Perion entfalten. Schule aber konnte er nicht abhalten. Wie reimt sich das zusammen?

Unsere Leser aber ersehen aus vorstehendem, mit welchen Mitteln man die Sozialdemokratie bekämpft. Mögen sie diesen Lügenbeuteln dadurch die richtige Antwort geben, indem sie mit aller Kraft für die Wahl der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten wirken!

Die Henkerarbeit in Tripolitanien.

Als die italienische Regierung ihren Brigantenzug in Szene setzte, fühlte sie sich veranlaßt, von ihrer Kulturmission zu reden: die italienische Eroberung habe den

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreger.

(34. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Emmerich schwankte noch, was er darauf erwidern sollte, als Frau Frobel auf sie zugerauscht kam. Sie hatte die beiden beobachtet und das Lachen und die Blicke mit Mißtrauen gedeutet. „Nun, haben sich die Herrschaften endlich gefunden?“ fragte sie durchaus freundlich, so mit der Gleichgültigkeit einer Hausfrau, die losplaudert, um nur etwas zu sagen.

„Ich tippte mal vorsichtig bei unserem Herrn Emmerich an, ob er etwas singen wolle“, log Frau Springer tapfer darauf los, was ihr nicht schwer wurde, denn eigentlich hatte sie das vorhin schon auf dem Herzen gehabt.

Emmerich fand sie im Augenblick sehr dumm. Diese Berliner waren ihm völlig gleichgültig geworden, wenigstens was ihren Sinn für Kunst anbetraf, denn danach hatten sie sich ihm gegenüber nicht betragen.

„Vielleicht läßt er sich erweichen“, plauderte Frau Frobel ruhig weiter, „oder auch bitten, wie das so bei Künstlern üblich ist.“

Sie dachte sich nichts dabei. Emmerich jedoch sah sich suchend um und schauspielerte los: „Von wem sprechen Sie denn? Von Debo Emmerich? Ich denke, der ist tot. Sie sagten es doch erst neulich zu mir.“

Ernestine wurde rot dabei, und um sich darüber hinwegzuhelfen, machte sie rasch die Bemerkung, daß man gleich mit den mustafalischen Genüssen kommen werde. Frau Springer sah die beiden an, als hörte sie eine fremde Sprache. Zum Glück für Frau Frobel ließ sich Günther bei ihnen sehen, der für die Störung höflich um Entschuldigung bat und ihr bestellte, daß Papa sie auf ein paar Minuten zu sprechen wünsche. Vor der Frau Geheimrat machte er keinen Diener, Emmerich jedoch beachtete er gar nicht. Es schien ihm sogar daran zu liegen, die Mama rasch von ihm fortzubekommen, denn er ließ nicht locker, bis er sie am Arm hatte.

„Ja doch, wo brennt's denn?“ sagte Frau Frobel ärgerlich und folgte ihm nur unwillig.

Dieser auffallenden Kälte des jungen Frobel gegen Emmerich lag ein Vorfall zugrunde, der die Luft zwischen ihnen nur noch erweitert hatte. Am selben Abend des Tages, als Frau Frobel unten im Geschäft das unangenehme Erlebnis mit Emmerich hatte, war Günther mit

seiner Nina zufällig in eine Weinstube der Friedrichstadt gekommen, wo es bei Musik sehr lustig herzugehen pflegte. In einer Nische saß der schöne Debo mit der süßen Thea, und kaum hatten sich beide Damen gesehen, als sie auch schon als gute Bekannte aufeinander zuslogen. Der junge Frobel war verblüfft, Emmerich jedoch fand diesen Zufall geradezu großartig, und da ihm die Roman von dem Nachtzauber her noch in Erinnerung war, so erschien ihm nichts natürlicher, als daß man sich zusammensetzen müsse. Im Augenblick dachte er gar nicht mehr daran, daß er die Kleofritus vor Ernestine verleugnet hatte und daß ihr dieses Zusammenreffen zu Ohren kommen könne. Er sah nur den Herrlichen vor sich, den Sohn der Liebe, von dem er nur Freundschaft begehrte, weiter nichts; und es schwebte ihm vor, daß das von dem anderen verschmähte „Du“ an der Seite der Geliebten in die alten Rechte treten müsse. Günther Frobel jedoch wollte stolz und kalt vorübergehen. Er blieb auch zurückhaltend, als Emmerich sich dann erhob und ihn so mit seiner lachenden Nachhutmiene durchaus zum Sitzen nötigen wollte; denn Thea hatte ihn schon wie verflissen dazu ermuntert.

Als ihn aber Günther durch höfliche Einwendungen nicht abhütten konnte, verbat er sich alles Weitere mit dem Ersuchen, ihn nicht zu belästigen. Das war laut und deutlich gesprochen, und danach hatte er Nina einen Wink gegeben und war mit ihr weiter gegangen. Der schöne Debo aber hatte ihm hilflos wie ein Kind nachgeblickt und sich Mühe gegeben, diesen offenen Abfall zu der süßen Thea zu entschuldigen.

„Ein hübscher Junge“, sprach Frau Springer hinter ihnen her. „Da hat doch mal der Zufall gut gewaltet.“

Oder ein gefunder Kerl, wollte Emmerich schon einfallen, aber er unterdrückte die Worte noch rechtzeitig. „Ein herrlicher Wunderknabe“, bestätigte er vielmehr.

Sie sagen das so ironisch. Haben Sie etwas gegen ihn?“

Emmerich riß die Augen auf. „Ich? Gott bewahre. Aber wunderbar ist es doch, wenn unter Krummholz eine Palme wächst.“

Aber ich bitte Sie; sehen Sie doch die Mutter an, betonte Frau Springer. „Er kommt eben ganz nach ihr.“ Und sie fragte ihn, ob er bemerkt habe, wie Fräulein Granie dem jungen Frobel nicht von der Seite gehe. Entschieden seien beide Leuten verliebt in einander und würden ein hübsches Paar abgeben. Allem Anscheine nach sei Frau Ernestine auch hinterher, und mit Recht, denn sicher wollte sie ihren Jungen unnerberbt in die Ehe schicken. Er kenne

nur die Arbeit und sei unschuldig wie ein Lamm. „Sie lachen ja schon wieder?“

„Nur über das Lamm“, sagte Emmerich püffig. „Er hat doch schon sein Verhältnis.“

„Ach, so was zählt nicht, deshalb kann er doch unverbodnen sein, und unschuldig obendrein. Bei einem jungen Manne, ich bitte Sie! Schuldig wird man immer nur in der Ehe.“

„Das stimmt“, erwiderte Emmerich und dachte dabei an Ernestine. Er überließ die Frau Geheimrat anderen Damen und lief dann Oberland, dem berühmten Cellisten in die Arme, dessen Stern ungefähr mit dem seinen zugleich aufgegangen war.

„Endlich ein Mensch, endlich ein Mensch unter all diesen Leuten“, legte der schöne Debo pathetisch los. „Wie geht's Meister, was macht die Wihlfite?“

„Sie fehlen noch drin“, schüttelte ihn der ewige Anekdotenfänger schlagfertig ab und beickte sich, helle Freude im pauzwangigen Gesicht, in den Musiksalon zu kommen, wo auf den von den Dienern zahlreich hingepflanzten Sesseln bereits ein Teil der Gäste erwartungsvoll des großen Künstlers harnte.

Emmerich, stark verschupst, hielt ihn zurück, denn er wollte ihn ärgern. „Spielen Sie immer noch Cello?“

„Saulen Sie immer noch?“ wehrte sich Oberland in berber Weise und hatte damit das letzte Wort. Aus seinen Augen Auglein sprühte das Lachen, als er hinwegschlüpfte.

Aber nur für mein Cello“ diente ihm Emmerich noch, da er annahm, daß unter einem Tausendmarktschein der Cellobogen heute nicht angelegt werden würde. Mißmutig hörte er dann, wie alles im Augenblick nur von Oberland sprach, sah er, wie sich alles beickte, näher zu kommen. Und er stand in seiner einsamen Größe verlassen und unbeachtet da!

Einige Minuten lang weidete er sich an diesem Anblick, an dem sanften Schmelz der Frauenhäultern, über die bei jeder Bewegung das rötliche Glühlicht kirrte und glänzende Bünktchen auf echte Perlen warf; an dem Farbenspiel von Sammet, Seide und Atlas, durch das das Gold der Armbänder funkelte, sobald die Hände in Bewegung kamen. Der Frack der herumstehenden Herren fiel trostlos dagegen ab, nur Goldtragen und Uniformknöpfe der Offiziere bligten hinein, schienen aber zu verblasen unter den ihr Feuer garbenförmig ausstrahlenden Brillantschähen der Damen. Denn alles Licht umschmeichelte zuerst die weiße Haut, die es dann als Geschenk in sanftem Widerschein zurückgab. Und das Purpurrot der Seidentapete diente nur dazu, den dunk-

Araber, ein großes Land der Kultur zu errichten, die barbarische Herrschaft der Türken zu verdrängen. Es wurde der Welt verkündet, die Araber, Negere und Juden letzten danach, unter den Schutz der italienischen Kulturträger zu gelangen. Inzwischen ist aus dem Sportausflug ein furchtbarer Krieg geworden, und die Kulturträger entpuppen sich als grauhäutige Bluthunde. Europa wird in Schrecken versetzt durch Meldungen über unerhörte Grausamkeiten, die die Italiener verüben. Die Eingeborenen werden massakriert, die furchtbarsten Greuel werden im Namen der „Zivilisation“ verübt.

Die bürgerliche Presse Englands, Deutschlands und Frankreichs hält mit der Verdammung dieser Greuel nicht zurück. Sie tut dabei, als ob ähnliche Dinge nur auf die „Minderwertigkeit des Menschenmaterials“ im italienischen Heere zurückzuführen wären. Das sind bewusste Lügen, denn die Italiener können mit ganz gleichartigen Taten aus den Kolonialkriegen Englands, aus den letzten Kriegen Deutschlands gegen die Hottentotten aufwarten. Das ist ja das Furchtbare, daß Europäer, wo irgend sie koloniale Eroberungen machen, zu wilden Bestien werden. Die Soldaten, die die kapitalistischen Abenteuerer hinaus-schicken, müssen nicht nur ihre Haut zu Markte tragen, sie werden obendrein entmenslicht, werden dazu verurteilt, zu Henkern und wilden Bestien zu werden. Von Italien ist die Rede, aber jedes Volk, das sich von der Kapitalistenklasse in koloniale Abenteuer verstricken läßt, läuft Gefahr, daß seine Söhne zu ähnlichen Verbrechen gezwungen werden, denn es gibt keine kolonialen Eroberungen ohne Massaker, ohne Verbrechen an der Menschheit. Nicht die italienische, nein, die europäische Bestie wird gebrandmarkt durch das, was jetzt in Tripolitanien geschieht.

Wir lassen hier folgen, was bisher von einmündigen Zeugen berichtet wird:
Im „Tag“ schreibt der Korrespondent dieses Blattes als Augenzeuge:

Ich will einige Fälle der letzten drei Tage aufzählen, und bemerke, daß ich für volle Wahrheit jedes einzelnen einstehe: Ein Araber zieht mit seinem kleinen Ochsen in der Daje Wasser aus dem Brunnen, um die Gärten zu bewässern. Italiener kommen, schafften ihn fort. Er will das Tier ausspannen, um es mitzunehmen. Das scheint den Leuten zu lange zu dauern, er wird von Bajonetten erstochen. — Drei Blinde hatten sich aneinander fest, der erste tastet die Mauer entlang. Beider sind es. Da biegt ein Haufe Verlagierter um die Ecke, in nächster Minute haben die drei Krüppel zu leben aufgehört. Bis abends lagen sie in Sokra an der Ecke eines Oliven-gartens. — Drei Kinder flüchteten sich aus der Daje nach dem Heiligengrab Sidi el Ma'ri, das am äußeren Palmenrand gen Süden liegt. Der dort einquartierte Posten eröffnet Schnellfeuer auf die Kleinen, deren ältestes acht Jahre zählte. Das war am 22., am Tag des Aufstandes. Die Kinder gehörten zur Familie des Hammud ben Kaddich, eines Fruchthändlers. Er selbst ist abgeführt, zwei seiner Pferde erschossen. Der Fleischer Ali Freyer in Sania, bei dem Häuserblock Sos Nus, wurde mitten während seiner Tätigkeit überfallen. Er zog gerade einem Hammel das Fell über die Ohren, als er mit seinen eigenen Beilen von den Soldaten erschlagen wurde. Wahrscheinlich galt sein Werkzeug als Mordwaffe! — Eben-dort, in Sania, kam Mohammed Majuri vom Markt, als er aufgehakt und durchdrast wurde. Er hatte nach Landesbrauch sein bißchen Geld eingeknüpft in den Zipfel seines Hauts, des Überwurfs. Das wurde ihm abgenommen, er selbst erschossen. — In Sokra wurde die ganze Familie des Bu Seif el Tarkhuni, etwa 20 Köpfe, zusammen ins bessere Jenseits befördert, er selbst erschossen. Es war dies eine der wohlhabendsten Familien des ganzen Dajengürtels. — Auf der Straße gen Gergarijch reiten zwei Frauen auf zwei Kamelen. Sie wurden italienisch angerufen, stehenzubleiben. Sie verstehen den Befehl nicht, reiten weiter und werden von den Tieren geschossen. Eine andre Frau wurde erschossen auf der Straße gen Buni-liana, weil sie sich den Schleier nicht vom Gesicht reißen lassen wollte. Möglich, daß die Soldaten glaubten, es sei ein verkleideter Mann. — Ein Wanderprediger lag im Sand bei Sokra unweit einer

Gravkuppel. Auf die Abstammung von irgendeinem obliquen Heiligen pochend, heißt er Almosen von dem Vorübergehenden. Italienische Mannschaft rückt an, sieht ihn am Wegrand sitzen und sendet Almosen in Form blauer Bohnen. Lautlos fiel der Alte um. Heute nach-mittag sah ich draußen in Sania an einem hochgelegenen Brunnen einen etwa zwölfjährigen Knaben trinken. Plötzlich kracht es in allernächster Nähe, mit einem Aufschrei stürzt der Junge zusammen. Es war in der Scharia Re-ibir, im Viertel Häni. — Im gleichen Viertel stand Mon-tag, als der Rummel losging, Amura Sagasli vor seinem Haus. Verlagiert kommen die Straße entlang, schließen auf ihn, verwunden ihn am linken Unterarm. Der Araber wird wütend, schlägt das Tor zu, brüllt nach seinen Leuten. Dessen sieben kommen sie mit Mäuserkarabinern daher und beginnen wohlgezieltes Feuer auf die grünen Federbüsche. Die ziehen sich zurück und kommen in einigen Minuten verklärt wieder, im Sturm zu laufen. Sagasli mit seinen Leuten schlägt auch diesen Sturm ab — indessen beginnt es rundum zu krachen. Das war der Anfang in der Dajengruppe Häni, zwei Flüge wurden bei dem Sturm aufgegeben. Der Araber hatte aber Zeit, sich und die Familie in Sicherheit zu bringen. — Beim Suk el Dschuma (Freitagmarkt) auf der Straße gen Tadjura kniet eine wehklagende Frau neben der Leiche ihres Mannes, ihn nach Landesfite laut beweinend. Es dauerte nicht lange, als sie von einer Kugel getroffen neben dem Toten gleichfalls zusammenbrach.

Der Korrespondent des französischen Blattes „Excelsior“ schreibt unter dem Titel „Die menschliche Bestie“:

Was haben wir sehen müssen! Wer hätte das jemals für möglich gehalten! Diese Hekatomben von Greien, Frauen und Kindern, diese Hinrichtungen in ganzen Paketen; diese Haufen zeretzter Leiber! Diese Gerüche, die zum Himmel stiegen! Der Angriff der Araber war mit merkwürdiger Eist geplant, man konnte lagen mit einer raffinierten Taktik, die bei diesen Barbaren in Er-staunen setzen muß. Die Antwort der Italiener war weniger intelligent; die meisten Truppen benutzten barbarische Mittel, die man auf den Militärakademien nicht lernt. Es war einfach eine Schlächterei. Schuldige und Unschuldige wurden hingemehelt, wo man sie eben traf. Nur die Angst konnte zivilisierte Menschen zu einem solchen Blutbad verleiten, und diese Angst kann bis zu einem gewissen Grade als Entschuldigung der italienischen Kriegsführung angesehen werden. Sie ist auch jetzt noch nicht ganz verheilt; sie beherrscht jeden Soldaten; diese italienischen Soldaten waren siegesgewiß aufgebrochen, ange-euert durch die Proklamationen in den Kasernen, durch die Bravos auf den Straßen und den Bahnhöfen. Die Affäre vom 23. Oktober hat sie stutzig gemacht. Sie haben Tripolis in der Gewalt; sie haben Kanonen und Mitrailleusen bei sich; aber die Araber sind auch da, irgendwo versteckt. Dieser Ausdruck steht auf jedem Gesicht. Der Korrespondent schildert dann, was er nach Beendigung des Kampfes gesehen hat. Er erzählte: Ich sehe vor mir einen Haufen durcheinandergeworfenen Strohs: das war einmal ein Dorf. Ich sah eine Familie von Eingeborenen, die um einen erloschenen Herd sitzen; sie wollten gerade zu essen anfangen. Sie sind alle ge-tötet. Ein kleines Mädchen ist geflohen; es hat seinen Kopf vor Angst in einen Koffer gesteckt, um nicht mehr sehen zu müssen. Es ist auch getötet worden. Ich sehe Hunderte von Menschenkadavern, eng zusammengedrängt in gräßlichen Stellungen. Der Geruch ist entsetzlich. Sechs Eingeborene, die diese Fleischmassen in eine Grube werfen, haben die Nase mit Leinentüchern ver-bunden.

Flüchtlinge aus Tripolis berichten nach dem „Osmanischen Lloyd“, dem Blatte der Europäer in Konstantinopel, folgendes:

Die Mohammedaner haben den Eindruck gewonnen, daß die Italiener den Tripolisfeldzug als eine Vergrünungstour und nicht als einen ernsthaften Kampf betrachteten. Ihr Benehmen gegen die Mohammedaner war nur in den ersten Tagen einigermaßen einwandfrei, nach der Landung der Truppen jedoch und besonders nach der Rückkehr der italienischen Flüchtlinge trat bei ihnen der niedrige Rachegeist offen zutage. Die Moham-

medaner wurden in jeder Weise bestraft. Italiener bestrafen Soldaten und Bagabunden blühten während des Gottesdienstes durch die Fenster in die Moscheen, machten sich über die gläubigen mohammedanischen Frauen lustig und ließen ihnen auf der Straße nach. Das erste, was die italienische Regierung tat, war, daß sie das Spionagesystem einführte, um irgend-welchen Komplotten auf die Spur zu kommen. Es wurden zumest Personen verhaftet, die im Verdacht der Spionage standen. Häßlich war es auch, daß die Italiener die os-manischen Militärärzte als Kriegsgefangene behandelten und so die Behandlung der osmanischen Verwundeten be-hinderten, während diese Osmanen sich gerade der italieni-schen Verwundeten annahmten. Auch verboten die Ita-liener die Beerdigung der gefallenen Türken. Auch das Verhalten der Italiener gegenüber den zahlreichen in Tri-polis lebenden pensionierten Offizieren wird bei allen zivi-lisierten Nationen Bestrebenden erwidert. Die italienische Regierung benutzte die Gelegenheit, um für ihre wirtschaft-lichen Unternehmungen unberechtigte Vorteile herauszu-schlagen. Die meisten dieser pensionierten Offiziere sind Grundbesitzer. Da ihnen der Befehl zugegangen war, Tripolis binnen zehn Tagen zu verlassen, mußten sie wohl oder übel ihre Grundstücke für Spottpreise verschleudern. Als Unterhändler fungierten bei diesen Geschäften Ange-stellte der Banco di Roma. So geschah es, daß Grund-stücke im Werte von 500 türkischen Pfund für 100 bis 60 Pfund abgegeben werden mußten. Den türkischen Handel suchte die Regierung dadurch zu vernichten, daß sie die zahlreichen, meist sehr wohlhabenden kreitischen Kaufleute anwies, binnen drei Tagen die Stadt zu ver-lassen. Die Folge davon war, daß einige von ihnen Bankrott anlagen mußten. Die arabische Be-völkerung, einschließlich jener Elemente, die den Italienern freundschaftlich entgegengekommen waren, geriet in große Aufregung, als sie sah, daß die Italiener ihren reli-giösen und sozialen Gebräuchen keine Achtung entgegen-brachten. Die Erschießung zweier mohammedanischer Frauen, die dem italienischen Jurist eines Postens, den sie natürlich nicht verstanden, nicht Folge geleistet hatten, er-füllte die Araber mit Erbitterung. Die Entwaffnung der Bevölkerung konnte nur zu einem kleineren Teil durchge-führt werden. Es wurden höchstens 3500 Gewehre ab-genommen, da die Banart der Häuser das Verstecken von Waffen außerordentlich erleichtert. Die den Italienern freundschaftlichen Notabeln der Stadt fühlten sich angegriffen der Lage nicht recht sicher. Am 23. Oktober, als die türkischen Schützen und die Araber bis an die Stadttore vordrangen, konnte bemerkt werden, daß einige von diesen Arabern Boote bestiegen, um sich an Bord der italienischen Schiffe zu begeben. Die Araber im Innern des Landes waren noch nicht alle von den Vorgängen benachrichtigt. Bis zum 23. Oktober hatten sich die Mannschaften der Bezirke Sirian und Misra dem Heere angeschlossen. Die ersten arabischen Hilfsvölker trafen ohne Proviant ein. Die spä-teren brachten ihre Mundvorräte mit, so daß daran kein Mangel ist. Das Sandschak Fejan sandte allein 500 Kam-mellasten Datteln. Die Araber haben alle Kamelle ins Innere mitgenommen, so daß den Italienern das Vor-dringen in die Wüste, wenn sie überhaupt dazu kommen sollten, ungeheure Schwierigkeiten machen wird. Die Italiener haben es auch nicht verschmäht, um türkische Gefangene zu haben, mit denen sie in Italien paradiere können, selbst Schüler der militärischen Rittschule, Knaben im Alter von 12-14 Jahren, samt ihrem Direk-tor, einem Hauptmann, nach Italien zu führen. Ebenso wurden von ihnen Insassen türkischer Hospitäler zu Ge-fangenen gemacht und nach Italien geschickt.

Ein Blatt in Malta bringt die lakonische Nachricht — und italienische Blätter geben sie wieder —, daß 540 Araber nach „summarischem Prozeß“, d. h. in Wirklichkeit ohne Prozeß, erschossen wurden.

Der Korrespondent der englischen „Central News“ meldet:

Drei Araber, zwei Greise und ein junger Mann, wur-den gefangen genommen und in das italienische Lager ge-bracht. Die Italiener bearbeiteten zuerst die drei Araber mit den Fäusten. Dann erklärten sie ihnen, sie seien frei. Die drei machten sich auf den Weg, um das italienische Lager zu verlassen, Raum hatten sie einige Schritte zurück-

den Rahmen zu diesem hellen Bilde zu geben, in dem grelle Lichter neben gedämpften Schatten lagen. Santer Karfums-dust lag in der Luft und berührte sich mit dem Atem der Menschen, die mit erhigten Gesichtern dasagen und herum-standen und schon halb im Seelengenusse schwelgend, immer noch Zeit fanden, zu nuscheln und sich heiße oder vielsagende Blide zuzuwenden.

Am Hügel lag Fräulein Karnowsta, eine verblühte Schönheit, die sich eingesprungen war, weil ein bekannter Klavierlehrer in letzter Stunde abgefallen war. Als Salon-pianistin wimmelte sie in allen großen Privatgesellschaften wahr, immer begierig darauf, mit zuvorkommender Liebens-würdigkeit zu dienen, auf den anderen Tag wartend, wo man ihr mit einem Blumenstrauß das süßliche Kuvert mit Inhalt überreichen würde. Und man raunte sich zu, daß ge-fällige Reden, die es nicht so nötig hatten, als sie, im letzten Augenblick ihrretwegen krank wurden, um ihr die Aus-hilfe zu überlassen.

Das Madrigal des großen Oberland setzte den Vogen an, und Emmerich schlich auf heißen Sohlen davon. Was war ihm Gandel, was waren ihm all diese Zaubertöne, wenn er nicht mehr im Mittelbunk sein durfte! Er lag im Sumpf, er wogte es, und so hatte er Sehnsucht nach der Cleofisur. Sich so englich zu drücken, war auch etwas Schönes, beson-ders nach einem guten Essen.

13.
Er kam aber nicht dazu, denn im weißen Entreejalon hielt ihn Herr Dietrich Frobel fest, der es sich hier in klei-nerer Distanz mit Geschäftsführer Ahlemann und dem Prokuristen bezeugt gemacht hatte. Alle drei Herren saßen in breiten englischen Korbfesseln um einen kleinen Tisch her-um, auf dem gefüllte Sektgläser standen. Zuerst hatten sie nebenan im Herrenzimmer ihre Zigaretten geraucht, dann aber waren sie hier herüber gekommen, wo sie reden konnten, ohne die Waft zu hören. Frobel senior, der schon etwas über-zeit war, hatte Bier und Likör für etwas „vorkant“ ge-laden, und Frau Doktor, die alles weise leitete, gebeten, den Prozessen wieder spritzen zu lassen. Er fragte jetzt nur seine Ansicht hervor, und die beiden Angehörigen fühlten sich erschöpft geteilt, die abgehandelten geschäftlichen Ansichten des Obergenahls entgegenzunehmen zu können. Sie hatten sich vorherzeit etwas bereit gefällig unter den Herrschaften, und

so war es ihnen hier auf alle Fälle sicherer und gemüthlicher.

Ja, er, Dietrich Frobel, was würde er noch alles unter-nehmen, wenn — Ja, wenn —! Gott sei Dank, verlor er öfters den Faden dabei, und so brauchte weder Geschäftsführer noch Prokurist darauf einzugehen; sie wußten ja auch schon Bescheid, wenn er plötzlich die Hand auf sein Schädeldach legte und das Innere seines Gehirns mit den Worten: „Ja, sagen Sie mal...“ nachdenklich wieder aufzutreten wollte. In diesem großen Augenblick hatte er alles Gesagte wieder vergeffen.

„Herrlich, herrlich, ihr Sektierer,“ sagte Emmerich mit Wonne und nahm sofort Platz bei ihm. „Also auch der Musikfische entronnen.“

„Aber erlauben Sie mal,“ plärte Dietrich los. „Was heißt Musikfische? Warum dies häßliche Wort in meinem Hause? Pourquoi? Sie sind überhaupt manchmal etwas hinterwärtlich. Oberland spielt großartig, groß-artig. Ich habe ihn nur schon hundertmal gehört, das ist es eben.“

„Und ich zweihundertmal, verehrter Gönner,“ sagt Emmerich lachend und nahm das volle Glas entgegen, das der Leibdiener in Livree des Hauses sofort herbeigebracht hatte. Gleich schickte ihn aber Frobel mit der Weisung in den Speisesaal, dort für mehr Ruhe zu sorgen; denn man trug da beim die Tafeln und Stühle heraus, weil nachher noch ein Tanzchen zu erwarten war. Trotzdem der Musik-salon weit nach vorn lag und die Türen geschlossen waren, hätte man doch die Störung empfinden können.

„Ich will hier nur ein wenig Abschied feiern von meinen lieben Mitarbeiter,“ trompetete Herr Dietrich weiter. „Denn in acht Tagen kommt meine Zeit... für den Süden näm-lich. Mit meiner Annemarie natürlich.“

„Dann also auf frohe Fahrt, Herr Grandseigneur,“ er-munterte ihn Emmerich zum Aufstehen. „Grandseigneur. Ja, das ist so das Richtige, das Wort hat mir immer gefallen. Na, und das Zeug dazu haben Sie eigentlich auch. Hören Sie, es sind mir da Geschichten zu Ohren gekommen.“

„Mir auch von Ihnen,“ sagte Emmerich trocken, weil er das Grinsen von Prokuristen und Geschäftsführer be-merkte.

Beide waren erigrecht darüber, wie er mit Frobel um-

sprang, und schon befürchteten sie, daß dieser ungemüthlich werden würde; aber er lachte dazu nur, so ganz eigentüm-lich, wie ein Böder lacht, der eine Auszeichnung empfunden hat. „Was für Geschichten?“ plärte er verständnislos. Dann war der Gedanke daran wieder verflohen.

Vom Herrenzimmer her trat Gerhard leise herein. Schon wollte er sich wieder zurückziehen, als die beiden Angestellten sich in der Erwartung erhoben, er würde Platz bei ihnen nehmen. Das zwang ihn, mit den Herren freundlich ein paar Worte zu wechseln, denn er hatte sie lange nicht ge-sehen, weil er selten die Geschäftsräume betrat. „Bringen Sie mir doch eine Soda,“ quiekte er zu dem Diener. Sein Blick glitt mißmutig über den Sänger hinweg zu seinem Vater. „Ich habe Kopfschmerzen,“ entschuldigte er sich dann gewissermaßen bei Ahlemann, auf den er große Stücke hielt, weil er das Vermögen vermehren half. Bin und wieder litt er an Migräne, namentlich bei großem Trubel, was ihn dann zwang, sich plötzlich still in eine Ecke zu setzen.

„Sind Sie schon so weit?“ warf Emmerich ein, worauf Gerhard nichts erwiderte, sondern mit dem Geschäftsführer ruhig weiter sprach.

„Seh dich doch,“ sagte Frobel senior ärgerlich, da er die Empfindung hatte, die beiden Kontorherren machten vor dem Ältesten beinahe mehr Verbeugungen als vor ihm.

„Ich danke, Papa,“ erwiderte Gerhard kurz, langte die silberne Kette aus seiner Hosentasche und knipfte sich eine Zigarette an der Schneide ab. Und während er sich von dem Licht, das ihm der Prokurist gefällig hinghielt, Feuer nahm, sah man, wie ein goldenes Kettenarmband an seinem Hand-gelenk blühte. Heute war er durchaus vollendeter Beck vom Kopf bis zu den Füßen, und er duftete, als wäre er über und über mit Parfüm bespritzt.

„Et, ei, was haben Sie für einen schönen weiblichen Schmeiß,“ reizte ihn Emmerich, da er sich von ihm mit Ab-sicht überhören glaubte. Als er aber von Gerhard abermals keine Antwort bekam, wandte er sich an den Alten. „Ihr Herr Sohn ist wohl schwerhörig, wie?“

„Pardon, pardon — ich hatte nicht recht verstanden,“ er-widerte jetzt erst der Älteste höflich, aber man sah ihm doch an, daß diese Miene nur gemacht war.

(Fortsetzung folgt.)

gelegt, als sechs Soldaten, die hinter ihnen postiert worden waren, eine Gewehrpatrone auf sie abgaben.

Ein Korrespondent der „Times“ schreibt: Kann die menschliche Geschichte eine Parallele zu der Willkür und Grausamkeit dieser Vorgänge liefern? Soll in Zukunft die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten nach dem Gefallen einer Invasionsarmee beiseitegeschoben werden können? Soll zugegeben werden können, daß in einem Gebiet, das eine fremde Macht annektiert zu haben behauptet, Widerstand als Rebellion zu gelten hat, und daß die Rebellion einiger nicht allein die Hinrichtung von Gefangenen, sondern die unterschiedslose Niedermordung aller, die Waffen tragen können, rechtfertigen soll? Wenn dies die Regel in der Zukunft werden soll, wird der nächste europäische Krieg eine Szene des Schreckens sein, die alle unsere heutigen Vorstellungen übersteigt.

So wird die Geschichte des imperialistischen Völkermords betrieben mit Blut und Dreck.

Die Internationale gegen den Krieg.

In dieser Woche protestiert das internationale sozialistische Proletariat aller Kulturländer gegen den Krieg im allgemeinen und gegen die koloniale Raubpolitik im besonderen. Es liegen bereits erhebliche Nachrichten aus dem Ost- und Auslande über die machtvollen Kundgebungen vor. Wir registrieren nachstehende:

In Hamburg protestierten am Sonntag fünftausend Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Kriege und nahmen eine Sympathieerklärung der italienischen Arbeiter in Hamburg an.

Sympotante und riesig besuchte Versammlungen fanden am Sonntag auch in Atona, Stettin, Frankfurt a. M. und Stuttgart statt.

Aus dem Auslande liegen folgende Meldungen vom Sonntag vor: In Sofia gestaltete sich eine große Arbeiterversammlung zu einer imposanten Friedensdemonstration. — In Paris sprachen vor 6000 Personen Vandervelde, Sembat, Dr. Presseuse und Jaures. — Ein Massenmeeting fand auch in Brüssel statt. Der türkische Völkermord wurde scharf kritisiert.

Es sprachen Baillaud, Paris, Scheidemann vom deutschen Parteivorstand, Rahum, Türkei, Fournemont und Huysmans vom Internationalen Sozialistischen Bureau. Einstimmig wurde Huysmans Resolution angenommen, in der das Meeting energisch gegen den von der italienischen Regierung im Einvernehmen mit anderen Mächten unternommenen Raubzug gegen die Türkei protestiert und die Solidarität des internationalen und türkischen Proletariats begrüßt. Die Resolution spricht ferner den Absichten des Proletariats gegen den Militarismus in allen Formen aus und verlangt schiedsgerichtliche Lösung aller Konflikte.

In Saloniki protestierten 8000 Arbeiter gegen den Krieg und aus Athen wird gleichfalls über ein Protestmeeting berichtet.

Das Protestmeeting in Amsterdam war sehr stark besucht. Redner waren die Genossen Anteele und Troelstra. Die Resolution des Internationalen Sozialistischen Bureaus wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung in London beklagt die Weigerung der italienischen Regierung, ihre angeblichen Beschwerden gegen die Türkei einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten. Sie verurteilt die italienische Regierung aufs schärfste für die ungerechtfertigte Bombardierung und Besetzung von Tripolis im Interesse kapitalistischer Ausbeutung und hört mit Entrüstung von den Barbareien, die die italienischen Truppen verübt haben sollen. Die Versammlung drückt ferner die Hoffnung aus, daß die kriegsführenden Parteien ihre Differenzen sofort einem Schiedsgericht unterbreiten werden, und schließen sich den organisierten Arbeitern Europas an in der ernsten Kundgebung ihres Abscheues vor dem Krieg und in dem Bemühen, ihre respektiven Regierungen zur Herstellung des Friedens zwischen den kriegsführenden Mächten zu veranlassen.

Die Revolution in China.

Die gesamte Bevölkerung von Schanghai ist auf Seiten der Revolutionäre, die auch weiterhin hier jedes Blutvergießen vermieden haben und sich unfeindlich gegen die Fremden betragen. Es fehlt ihnen aber eine einheitliche Führung. Der Gouverneur von Sutschau ist zu den Aufständischen übergegangen, der Süden der Provinz Kiangsu, die Schanghai-Nanking-Eisenbahn, die Wuhung-Forts und die Chinesenstadt von Schanghai sind in den Händen der Revolutionäre, die sich im Arsenal von Schanghai mit genügend modernen Waffen versehen und ihre Rekruten eingekleidet haben. Die chinesischen Kriegsschiffe in Schanghai haben ohne Widerstand die Revolutionsflagge gehißt. Die Bestrebungen, die Umgebung von Schanghai als neutral zu erklären, sind fallen gelassen worden, dagegen sind Bestrebungen vorhanden, die Rebellen als kriegsführende Macht anzuerkennen. Die fremden Interessen sind durch Kriegsschiffe und Freiwillige genügend geschützt, es herrscht vollkommene Ruhe. Der Handel zeigt bereits eine starke Stockung: einlaufende Waren werden von Chinesen nicht abgenommen, und so fehlt es an Bargeld. In Hankau ist ein Stillstand in den Operationen eingetreten, man hat mit Verhandlungen begonnen.

Schauhsing in der Provinz Tschekiang, das Zentrum des Grubengebietes, ist in die Hände der Aufständischen gefallen. Kowinsan, eine befestigte Stadt halbwegs zwischen Schanghai und Sutschau, soll ebenfalls den Aufständischen preisgegeben sein.

Die Städte Tschinkiang und Tschangtschau haben sich den Rebellen ergeben. Die Übergabe von Kowinsan bestätigt sich. Alle wichtigen Punkte an der Eisenbahn bis Tschinkiang haben sich für die Revolutionäre erklärt. Nur Nanking ist augenscheinlich noch immer kaiserlich gestimmt und ruhig, aber der dortige Latarengeneral ist sehr unbeliebt und seine Anwesenheit kann die Ursache eines Zwitpattes werden.

Nach in Washington eingetroffenen Nachrichten ist der chinesische Vorkriegshafen Umoyn in die Hände der Aufständischen gefallen. In der Stadt herrscht Anarchie. (?)

Eine bisher unbestätigte Nachricht aus San Francisco besagt, daß Peking nach 12stündigem Kampfe in die Hände der Revolutionäre gefallen sei. Wir bezweifeln die Richtigkeit dieser Meldung.

Der deutsche Kreuzer „Greifenau“ ist nach Schanghai beordert worden. Nach unserer Meinung war das völlig überflüssig.

Die Internationale und der italienische Raubzug.

Ahmed Riza hat an das Internationale Sozialistische Bureau folgenden Brief gerichtet:

Haus der Abgeordneten.
Kabinett des Präsidenten.

Konstantinopel, den 16. Oktober 1911.

Mein lieber Herr Vandervelde!

In dem jüngsten Abenteuer ist Italien nicht der allein Schuldige. Die andern Mächte sind seine Mitschuldigen, denn der Schlag, der geführt wurde, war ein von ihnen vorbereiteter. Ihre Vertreter fassen uns an die Kehle und sagen uns:

„Nehmen Sie die Okkupation als eine vollendete Tatsache an, dann werden wir Ihnen helfen, die Angelegenheit zu regeln.“

Diese unbegreifliche Haltung Europas geht uns ebenso nahe wie der Verlust von Tripolis, wenn wir es verlieren müßten; denn sie wird im Orient Misstrauen, Verzweiflung und Abscheu erzeugen. Der Orient wird nicht mehr an die Zivilisation, an das gegebene Wort, an die von Europa unterzeichneten Verträge glauben. Dieser Widerspruch zwischen Wort und Handlung bedeutet in den Augen der Orientalen ein Verbrechen an den Grundgesetzen der Moral.

Die Partei der Jungtürken, welche es sich so ehrlich angelegen sein läßt, ihr Volk Europa lieben zu lehren, sich dessen Fortschritt zu eigen zu machen und eine Brücke zu schlagen zwischen dem Abendlande und der islamitischen Welt, wird durch Europas eigene Schuld bei dieser Aufgabe scheitern. Heute, nach dem brutalen, im Einverständnis mit den Mächten erfolgten Überfall Italiens, machen uns unsere inneren Gegner den Vorwurf, der europäischen Zivilisation zu sehr geschmeichelt und die Wohlthaten, welche daraus für uns erwachsen sein sollten, zu sehr gerühmt zu haben. Sie sind nun dahin gekommen, zu erklären, daß der wahre Fortschritt darin bestand, unsere Bajonette und Panzerschiffe zu vermehren, und der wahre Patriotismus darin, alles dem Kriegsbudget zu opfern.

Dahin hat uns nun Europa gebracht, und hauptsächlich Frankreich und England, vermöge ihres geheimen Einverständnisses mit Italien.

Was halten Sie von den Verträgen von Paris und Berlin, die den Türken ausdrücklich die Unantastbarkeit ihres Gebietes verbürgen? Humanität, Grundsätze der Moral, welche Bedeutung messen Sie ihnen von jetzt an bei?

Und nun sehen Sie, in welcher Weise die Türkei den unwürdigen Raub durch Italien beantwortet: Aus einem ethischen Gefühl heraus, das man in Europa schwerlich verstehen wird, verläßt sie nicht aus ihrem Gebiet, — wie es doch ihr striktes Recht wäre, — die 40 000 italienischen Arbeiter, welche im eigenen Lande Hungers sterben, um unsere Gastfreundschaft gebeten haben und hier die Mittel zu ihrer Existenz finden. Was würde aus ihnen, ihren Frauen und ihren Kindern, wenn wir Repressalien ihnen gegenüber anwenden würden.

Diese Tatsache verdient unter vielen andern von den Europäern und besonders den Sozialisten ernstlich bedacht zu werden.

Mit tieftraurigem Herzen sende ich Ihnen die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses.
Ahmed Riza.

Aus der Partei.

Fortschritt der Parteipresse. Einen erfreulichen Fortschritt hat die in Hof i. Bayern erscheinende „Oberfränkische Volkszeitung“ zu verzeichnen. Sie hat mit dem 1. November einen Abonnentenstand von über 5000 erreicht, was umso mehr besagen will, als die „Volkszeitung“ nur für den Wahlkreis Hof-Münchberg-Maila-Geilb. Die in kurzer Zeit erfolgte starke Zunahme der Abonnenten ist sicher ein gutes Zeichen für die kommenden Reichstagswahlen. Die „Volkszeitung“, die in Danzig für Westpreußen wöchentlich einmal erscheint, wird wegen des Wahlkampfes vom 14. November 1911 ab zweimal wöchentlich, Dienstags und Freitags, herauskommen. Ermöglicht wird dieser Fortschritt durch das Wachsen der Abonnentenzahl.

Strafkonto der Parteipresse. In einer satirischen Waiderei hatte die „Leipz. Volksztg.“ am 17. Juli die Vereinsmeierei gegeißelt und bei der Aufzählung einer Anzahl überflüssiger und lächerlicher Vereine auch den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie genannt und ihn mit dem Verein zur Einfuhr von Zuchtseln und dem Verein für Rindviehzucht verglichen. Hierdurch fühlte sich der frühere Hochschullehrer und jetzt als Bauer in Klinga lebende Reichsverbandesagent Henriki beleidigt und stellte Strafantrag. Das Schöffengericht verurteilte den Redakteur Keimling zu 200 Mk. Strafe. Natürlich wird gegen dieses erstaunlich hohe Urteil Berufung eingelegt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik im Berliner Transportgewerbe. In dem Fuhrgeschäft von Gebr. Richter, Frankfurter Allee, haben am Sonnabend die Kutscher und Arbeiter die Arbeit eingestellt. Die Firma beschäftigt etwa 50 Kutscher für Vieh- und Fellschtransport und 18 Chaisenkutscher. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei dieser Firma sind bedeutend schlechtere als in anderen gleichen Betrieben. Die Kutscher erhalten 26 bis 27 Mk. Wochenlohn, während in anderen Betrieben 30 bis 33 Mk. Lohn gezahlt werden. In letzter Zeit gelang es dem Transportarbeiterverband, die Kutscher zu organisieren. Die Firma verlor die Leute von der Ausübung

ihres Koalitionsrechts abzuschrecken. Im Laufe dieser Woche wurden nun sämtliche Arbeiter befragt, ob sie dem Transportarbeiterverbande angehören und denen, die diese Frage bejahten, wurde gesagt, daß sie bis Freitag ihren Austritt erklären müßten. Darauf stellten die Arbeiter geschlossen die Arbeit ein. Seit Freitag nacht ist der Betrieb von der Polizei belagert, die den Eingang und die Ausfahrt streng bewacht. Im Laufe des Sonnabends vormittag fuhr ein eingeleitete Arbeiter unter starker polizeilicher Bedeckung auf die Tour. Auch Geheimpolizisten scheinen ihre Dienste schon aufgenommen zu haben.

Die Tabakindustriellen wollen den Kampf. Die von der Neunerkommission eingeleiteten Einigungsverhandlungen, die zu einem brauchbaren Einigungsvorschlag führten, sind wider Erwarten und ohne Angabe von Gründen von dem Vorstand des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes abgebrochen worden. Die an die Neunerkommission gerichtete Zuschrift lautet:

„Münden, den 4. November 1911.
An die Neunerkommission! Ohne auf den Inhalt Ihres Schreibens vom 1. d. M., betreffend den Kontraktbruch einzugehen, teile ich Ihnen mit, daß der Vorstand des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes nicht in der Lage ist, Ihre ihm unterbreiteten Vorschläge anzunehmen.“

Hochachtungsvoll
Hindenberg, Syndikus.
Angefaßt dieses ablehnenden Verhaltens steht nunmehr fest, daß der westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband den Kampf gegen die Arbeiterorganisationen führen will. Zu diesem Zwecke sind nun auch noch die Unternehmerverbände der Zigarrenindustrie in Hamburg-Altona, Bremen-Remlingen und Burgdamm und Umgebung auf den Plan getreten, und haben die in ihren Betrieben beschäftigten organisierten Arbeiter ausgesperrt. Die Zahl der Aussperrten wird sich um viele Hunderte vermehren. Arbeiter aller Orte, übt Solidarität!

Schwerste Strafe denjenigen. Vor der Strafkammer in Meiningen hatte sich der Gauleiter Genosse Knöner vom Deutschen Transportarbeiter-Verband wegen angeblicher Verhöhnung von Arbeitswilligen zu verantworten, die er anfänglich eines in Salzungen ausgebrochenen Streiks der Branerarbeiten getan haben soll. Das Gericht verurteilte Knöner zu zwei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar fünf Monate Gefängnis beantragt, obwohl Genosse Knöner noch unbestraft ist.

Die Zahlstellen der „freien“ Gewerkschaften — politische Vereine. Neue Zugänge sind den Gewerkschaften durch eine Entscheidung des preussischen Obergerichtes gelehrt worden. Eine Zahlstelle des Zimmererverbandes wurde, wie wir der „Tägl. Rundschau“ entnehmen, von der Polizei aufgefördert, nach § 3 des Vereinsgesetzes die Satzungen des Vereins und die Zusammensetzung des Vorstandes anzugeben. Der Vorsitzende der Zahlstelle klagte im Verwaltungsstreitverfahren beim Obergericht. Das Obergericht wies aber seine Klage ab, indem es ausführt, daß die Zahlstelle eine eigene Verwaltungstätigkeit, einen eigenen Vorstand, Kassierer usw. habe. Außerdem verfahren die Zahlstellen nicht nur über Beiträge für den Gesamtverband, sondern auch über eigene Mittel. Fernerhin könne jede Zahlstelle sogar Streiks und Aussperrungen aus eigener Machtvollkommenheit bestimmen. Da die Zahlstellen des Öfteren in ihren Verhandlungen politische Gegenstände, wie Reichstagsauflösung, Kolonialpolitik, Steuergesetze, Ostmarkenpolitik, Koalitionsrecht und anderes behandeln, so sei es klar, daß es sich nicht nur um Vereine, sondern auch um politische Vereine handle. Es sind ja nur Arbeitervereine, denen man so scharf auf den Verfen folgt.

Soziales.

Kommission für die Angestelltenversicherung. (Sitzung vom Sonnabend, dem 4. November.) Die Kommission erledigte den Abschnitt über die Zulassung und Erbschaften und den Rest des Gesetzes in erster Lesung. Zulassung sollen nach der Vorlage zugelassen werden, wenn sie für ihre Mitglieder, die nach diesem Gesetz geforderten Beiträge in die Reichsversicherungskasse abführen. Auf Antrag der Volkspartei wird diese Stellung nicht nur den Werkpensionskassen, sondern auch den Versicherungs- oder Wohlfahrtsvereinigungen der Betriebe zugebilligt; man hat dabei an Fonds gedacht, die von Unternehmern für Unterstützungszwecke gestiftet sind. Von unseren Genossen wurde beantragt, daß solche Pensionskassen, die neben Angestellten auch Arbeiter als Mitglieder aufnehmen, ihr Vermögen für die Angestelltenversicherung besonders verwalten müssen. Es soll damit verhindert werden, daß in einer Werkpensionskasse Mittel, die die Arbeiter aufbringen, für die Angestelltenversicherung verwendet werden. Zu § 369 wird ein Antrag der Volkspartei angenommen, der den Werkpensionskassen die Verpflichtung auferlegt, daß sie für Zwecke des Verfahrens prozentual mindestens die gleichen Aufwendungen machen müssen, als die staatliche Versicherung.

Die Kommission entscheidet sich sodann für die Zulassung der Erbschaften. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten, der Abg. Pothhoff und der Abg. Raab. Die Erbschaften sollen nach der Vorlage die Mitglieder von der staatlichen Versicherung befreien. Beim Ausschneiden aus der Kasse wird den Mitgliedern aber die Zeit ihrer Mitgliedschaft in der Werkpensionskasse als Wartezeit für die staatliche Versicherung angerechnet. Nach einem Beschluß der Kommission werden nur Versicherungsvereinigungen als Erbschaften zugelassen, nicht etwa Unterstützungseinrichtungen, die nur aus freiwilligen Fonds bestehen. Bei der Wichtigkeit, die dieser Beschluß beansprucht, geben wir den § 367 im Wortlaut wieder: „Der Bundesrat bestimmt auf Antrag, daß Versicherungsvereinigungen der im § 362 bezeichneten Art als Erbschaften zugelassen werden. Die Kassen müssen vor dem 15. Oktober 1911 vorhanden und bei Stellung des Antrages rechtsfähig sein. Der Antrag ist vom Vorstand der Versicherungsvereinigung oder der Mehrheit der versicherten Angestellten vor dem 1. Januar 1913 beim Bundesrat zu stellen. Zur Sicherstellung der reichsgesetzlichen Beitragsleistungen für den Fall der Nichtzulassung haben die Versicherungsvereinigungen am 1. Januar 1913 eine vom Bundesrat nach Anhörung der Reichsversicherungskasse zu bemessende Sicherheit bei der Reichsversicherungskasse zu hinterlegen. Wird der Antrag auf Zulassung abgelehnt, so sind die seit Inkrafttreten des Gesetzes rückständigen Beiträge unter Anrechnung von 8 1/2 Prozent Zinsen und Zinseszinsen nachzugahlen. Bei Streit über die Höhe des nachzugahlenden Betrages entscheidet das Obergericht. Die Beteiligung bei einer zugelassenen Erbschaft gilt der Versicherung bei der Reichsversicherungskasse gleich. Das gleiche gilt, solange das Verfahren über die Zulassung schwebt. Die Erbschaften müssen den §§ 365—371 genügen.“ Zu § 371 wurde ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß für die Mitglieder der Werkpensionskassen die Instanzen über Rentengewährung entscheiden, die dieses Gesetz vorsteht. Es ist damit verhindert, daß eine Werkpensionskasse den ordentlichen Rechtsweg zur Verfolgung der Ansprüche ausschließen kann, wie es heute vielfach geschieht. Gegen diesen Antrag stimmten nur die Konservativen und die Nationalliberalen. Im § 372 wurde auf Antrag der Volkspartei

eingefügt, dass ein Viertel des Vermögens der Werkenfonds in Reichs- und Staatsanleihen angelegt sein muß. Die Stellung der Knappheitskassen wurde durch einen Antrag des Abgeordneten Behrens dahin geändert, daß diese Kassen die Renten nach diesem Gesetz auf ihre Leistungen anrechnen können. Die Vorlage sah den Zwang der Anrechnung vor, während es nun in das Belieben der Kassen gestellt ist. Kommt ein dahingehender Beschluß über die Satzungsänderung nicht zustande, so kann auf Antrag der Mehrheit der Unternehmer oder der Mitglieder der Kasse die oberste Verwaltungsbehörde bestimmen, inwieweit die Unterstellungen zu ermäßigen sind. Nach § 381 befreit von der Versicherungspflicht der Abschluß einer Lebensversicherung. Diese Vorschrift wurde in der Kommission dahin ergänzt, daß nur die Versicherungen in Betracht kommen, die vor dem 15. Oktober 1911 abgeschlossen sind. Ferner soll entsprechend einem Antrag Kaab die freiwillige Versicherung für diejenigen gestattet sein, die bei Inkrafttreten des Gesetzes ein Gehalt von fünf bis zehntausend Mark bezogen. Nach dem Gesetz sind diese Personen von der Zwangsversicherung ausgeschlossen. Die zweite Beratung der Vorlage wird in der Kommission voraussichtlich am Mittwoch, dem 8. November erfolgen können.

Kein Kurpfuschergesetz. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, ist dem Prof. Dr. Jäger'schen Monatsblatt eine Mitteilung ausgegangen, wonach die Regierung erklärt habe, daß sie auf das Kurpfuschergesetz keinen Wert mehr lege, nachdem die vom Reichstag mit der Beratung beauftragte Kommission auf Grund ärztlicher Gutachten die Einführung des Zwanges der Behandlungen durch approbierte Ärzte abgelehnt hat.

Der Fleischverbrauch geht weiter zurück. Nach der letzten fertiggestellten Berechnung des Kaiserlichen Gesundheitsamts ist der Fleischverbrauch von 52,94 Kilogramm durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1909 auf 51,95 Kilogramm im Jahre 1910 zurückgegangen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Gutsbesitzer mit dem Revolver. Vor dem Breslauer Schöffengericht fand in diesen Tagen eine Verhandlung statt, die außerordentlich charakteristisch ist für die Zustände im Unterparadies Obelbien. Die „Volkswacht“ berichtet über den Prozeß wie folgt: „Der Bauerngutsbesitzer Robert Jochmann in Lauer, Kreis Breslau, hat schon oft wegen Mißhandlung seines Dienstpersonals die Gerichte beschäftigt. Er ist auch wiederholt wegen Körperverletzung bestraft. Da sich einheimische Arbeiter eine solche Behandlung meistens nicht bieten ließen und dabongingen, ist Jochmann darauf angewiesen, hauptsächlich polnische und galizische Arbeiter einzustellen. Im Mai 1911 hatte Jochmann den polnischen Knecht Wanko Dylgyn so geprügelt, daß er aus dem Dienst entließ. Schon vorher hatte der Knecht wegen schlechter Behandlung Fluchtversuche gemacht, weshalb ihm Jochmann einmal einen Revolver zeigte und dabei äußerte: „Wenn Du mir noch einmal fortläufst, dann schieße ich Dir die Knochen im Leibe entzwei.“ Als nun der Knecht nach der Mißhandlung flüchten wollte, schob Jochmann tatsächlich mit einem Revolver eine Schrotpatrone hinter ihm her. Zum Glück verfehlte die Kugel ihr Ziel, so daß größeres Unheil verhütet wurde. Die Schießer brachte dem Jochmann nur einen Strafbescheid über 6 Mark ein, bei dem er sich aber noch nicht beruhigte; er beantragte vielmehr richterliche Entscheidung. Die Strafverfügung kühnte sich auf § 363 Ziffer 7 des Strafgesetzbuches, der lautet: „Wer in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfängenden Sachen mit Feuerwaffen schießt oder Feuerwerke abbrennt, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.“ Vor Gericht wählte Jochmann zu seiner Verteidigung den Einwand, er habe nicht nach dem Knecht schießen wollen, sondern nur die bösen Klagen verschrecken wollen. Demgegenüber verzichtete der Knecht, der einen durchaus glaubhaften Eindruck machte: „Jochmann hat mich geprügelt, und als ich vor Angst dann weggelaufen bin, hat er nach mir geschossen.“ Das Gericht hielt darauf den Einwand des Angeklagten für haltlos und bestätigte den Strafbescheid, der, wie gesagt, auf sechs Mark lautet.“ Eine außerordentlich milde Strafe, zumal, wenn man bedenkt, daß der schiefelüftige Agrarier schon wiederholt vorbestraft worden ist. Hätte der Arbeiter sich in ähnlicher Weise dem Gutsbesitzer gegenüber aufgeführt, so würde der Staatsanwalt höchstwahrscheinlich andere Paragrafen des Strafgesetzbuches herangezogen haben.

Aus Nah und Fern.

Konservative Wähler gesucht! Zu den amtlichen Wahlbeeinflussungen wird dem „Altmarkter“ in Stendal folgender Vorfall aus dem Orte Düsedau mitgeteilt: Es wurden vor einigen Sonntagen die Jagdgelder auf dem Schulenhause ausgezahlt. Da hat dann der Gemeindevorsteher den Gemeindegliedern ein Buch vorgelegt, darin sollten sich alle einschreiben, die das nächste Mal konservativ wählen wollten. Der Einjender der Notiz fügt hinzu: „Eiliche waren auch bereit, zu unter schreiben. Sie haben sich aber nachher ins Häuschen gelacht und gesagt, sie könnten ja doch tun, was sie wollten.“

Der Ortsschulze als Satiriker. In sehr feiner Weise hat kürzlich in der Nähe von Halle ein Gemeindevorsteher einen Großgrundbesitzer, der gerade nicht an übermäßiger Steuerfreudigkeit litt, abgeföhrt. Die Zeitungen melden über den ergöglichen Vorfall:

Bei einer Jagdveranstaltung in einem Dorfe bei Halle blieb ein Großgrundbesitzer mit 3000 Mk. Reißbieten. Er erhielt aber nicht den Zuschlag, sondern der Nächstbietende, und zwar gab der Ortsschulze folgende Begründung: Der Großgrundbesitzer ist zur Steuer mit nur 7000 Mark Einkommen veranlagt. Wie kann man verlangen, daß man jemand bei einem solchen Einkommen um 3000 Mark kürzen soll? Der Betreffende hätte dann ja nur noch 4000 Mark übrig, mit welcher Summe unter den heutigen Verhältnissen schwer auszukommen ist. Trotz aller Einreden blieb der Ortsschulze fest, er könne es nicht verantworten, wenn er die Hand dazu biete, daß jemand Not leiden sollte.

Schweres Straßenbahnunglück. Aus Stuttgart wird gemeldet: An der Endstation Popfer der Straßenbahnlinie der Silberbach, die dort in einer engen und steilen Kurve ansläuft, verlegte am Sonntagabend gegen 6 Uhr infolge des durch den Sturm angehäuften und auf die Schienen geworfenen Laubes die Bremse an einem vierachsigen, voll besetzten Wagen, der von Degerloch kam. Der Wagen sprang aus den Schienen und rollte gegen das Trottoir, wo er umstürzte. Von etwa dreißig Insassen wurden etwa fünfzehn mehr oder weniger verletzt, drei getötet.

Schwere Arbeiter verunglückt. In Auzun stürzte, wie aus San Franzisko gemeldet wird, am Sonntag die

im Bau bestiffene Brücke, die die größte Brücke der Welt werden soll, teilweise ein, wobei sechzehn Arbeiter getötet wurden.

Verirrt. Drei Kinder einer Familie aus Morfcheld verirrten sich am letzten Freitag im Wald. Am Sonnabend wurden sie wieder aufgefunden, der Knabe als Leiche, die beiden Mädchen lebend, aber bewußtlos und völlig erschöpft.

Ein Kuriosum des Fanatismus, der sich in gewissen Bevölkerungsschichten gegenüber den Konsumvereinen entwickelt hat, dürfte folgendes Schreiben, das ein Lehrer Pohl an den Konsumverein in Fürstenberg gerichtet hat, in einer Weise darstellen, wie er glücklicherweise nur selten zum Ausdruck kommt. Der Konsumverein, der Mitglieder verschiedener Richtung zählt, lud Lehrer, Geistliche, Gemeindevorsteher usw. zu einem gesellschaftlichen Vortrage von Professor Dr. Staubinger ein. Einige wenige folgten der Einladung; aber genannter Lehrer entlief sich in folgendem Briefe:

Vorliegend sende ich die Einladung zum Besuche der Versammlung, in welcher ein Vortrag über „Zweck und Wesen der Genossenschaft“ gehalten wird, mit dem Vermerken zurück, daß mir der „Zweck und Wesen“ (1) einer roten Genossenschaft hinreichend bekannt sind. Ich verbitere (1) mir ein für allemal eine Einladung von einer Vereinigung, die bis jetzt noch nicht den Beweis hat erbringen können, daß sie mehr ist als „Pöbel“, der zu verschiedenen Zeiten mehr Unglück über Land und Leute gebracht hat, als die heurige Teuerung.

Bei diesem netten Herrn, in dem Sachkenntnis, Orthographie, Stil und vornehme Gesinnung in seltener Weise miteinander wetteifern, werden die ihm anvertrauten Zöglinge zweifellos auf das Beste behütet sein. In Fürstenberg erregte allerdings die Verlesung dieses Briefes bei einigen eine kleine Entrüstung, in Lübeck dagegen wird die beläufige Mitteilung mit ungeteiltem Humor aufgenommen werden.

Vom rollenden Rubel. Mit einer seltenen Offenheit operierte dieser Tage ein Staatsanwalt, der vor einem Moskauer Geschworenengericht die Anklage gegen einen betrügerischen Beamten vertrat. Zum Entsetzen des ganzen Gerichtshofes erklärte er, daß es überhaupt nicht möglich sei, einen Russen an einen Geldschrank heranzulassen. Die gegen den freimütigen Staatsanwalt erhobene Beschwerde hatte natürlich Erfolg. Es wurde ihm von seiner vorgesetzten Behörde ein erster Verweis erteilt, da seine Beschuldigungen, insbesondere soweit Beamte in Frage kämen, in Rußland jeder Grundlage entbehren! Die einzige richtige Antwort auf die staatsanwaltliche Unterstellung. Wie erhaben die russische Beamtenschaft gegenüber Gaunereien daheht, mögen folgende Meldungen illustrieren: In Tomsk wurden dieser Tage der Polizeimeister Fuchs und der Chef der Geheimpolizei Kosiski ihrer Ämter entsetzt: Von Freudenhäusern, Cafes und jüdischen Geschäftshäusern haben sie hohe Summen erpreßt. Widerspenstige wurden ins Gefängnis gesetzt. In Podolien wurden fast alle Beamten des Gouvernements und viele Polizeibeamte wegen Bestechlichkeit entlassen. In Kutais haben die Polizeibeamten ihre Entlassung eingereicht, da sie seit drei Monaten kein Gehalt erhielten. Wer das Geld unterschlagen hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Von Teuerung keine Spurr. Vor wenigen Tagen weilte der Kaiser 4 1/2 Stunden in Lachen, um ein Denkmal zu enthüllen. Die Stadtverwaltung hatte für würdigen Empfang gesorgt. 50 000 Mk. wurden für die Ausschmückung der Straßen verausgabt; nach dem Festessen im Rathaus eine kleine Magenstärkung, die dem Kaiser ausjah:

- Beluga-Malossol
- Kupferberg Gold
- Kraftbrühe
- 1906er Erdener Herrenberg, Wachstum J. Schwab
- 1907er Dallgartner Hendlberg, Cresc. Eugeimann
- 1905er Le Hamau du Pape
- Seezunge auf normannische Art
- 1906er Brauneberger Auslese, Wachstum Frhr. v. Schorlemer
- Lammrücken mit Trüffel
- 1904er Niersteiner Flächenhalle Riesling Auslese
- Krautensüßgöhrbrüste mit frischer Gänseleber
- 1899er Chateau Haut Brion Grand Vin
- Artischokenböden mit Sauerampfer
- Heidjeck, La Grande Marque de l'Empereur, Rosé
- Ananaszwitze
- Rästelangen
- Früchte
- Nachener Wrinten
- Mokka.

Sollten die Herren v. Bethmann-Dollwega und v. Schorlemer bei dem Festmahl zugegen gewesen sein, so sind sie sicherlich in ihrer Auffassung gefestigt worden, daß von einem Notstande nicht geredet werden kann.

Die Eifersuchtstat eines russischen Obersten. Gestern früh morgens spielte sich im Schlafzimmer der polnischen, hübschen Schauspielersin Sarotchnski am Englischen Prospekt in Petersburg ein blutiges Drama ab. Die Sarotchnski unterhielt mit dem Obersten der Grodnower Husaren, Jewekki, ein Verhältnis, wobei Jewekki allen Grund zur Annahme hatte, daß er die Gunst der schönen Geliebten mit einem jungen Beamten teilen müsse. Nachdem Oberst Jewekki sich über diesen Punkt Gewißheit verschafft hatte, trat er gestern früh ins Schlafzimmer seiner Geliebten und streckte sie mit zwei Schüssen nieder, worauf er sich selbst der Polizei stellte.

Sturmschäden in Dänemark. Ganz Dänemark wurde in der letzten Nacht von einem Orkan heim gesucht, der teilweise von Gewitter und Hagel begleitet war. Besonders aus Jütland werden große Schäden durch Überschwemmungen gemeldet. Die Westküste von Jütland wurde von einer Sturmflut heimgesucht. Teilweise sind die Telegraphen- und Telefonverbindungen gestört. Die Fähre Gjedser-Warnermünde ist unterbrochen. Verschiedentlich sind Schiffsunfälle vorgekommen. Der Sturm dauert ununterbrochen an.

Eine Miniaturrepublik. Der kleinste Staat, den man bisher kennt, dürfte die Republik Tavolara sein, die aus einer kleinen, 12 Kilometer von Sardinien entfernten Insel besteht. Sie umfaßt 2 Quadratkilometer und zählt 55 Einwohner. Im Jahre 1836 gestand die sardinische Regierung der Familie Bartoloni die volle Souveränität zu. Ihr Oberhaupt herrschte 46 Jahre als König Paul I. Bei seinem Tode, 1882, rief er keinen Nachfolger zu bestellen. Seitdem herrscht dort die Republik, deren Präsident immer auf 10 Jahre gewählt wird. Die Frauen sind stimmberechtigt. Auf dem Inselchen ist gewiß nichts zu holen. Wie hätte es sonst so lange den „zivilisatorischen“ Bestrebungen der italienischen Regierung entgehen können?

Das Jahrbuch der Millionäre. Der bekannte Regierungsrat Martini hat nunmehr sein Jahrbuch der Millionäre erscheinen lassen. Es wurde bekanntlich seinerzeit, als die ersten Druckbogen fertig waren, beschlagnahmt, weil man vermutete, daß die Angaben über die Vermögensverhältnisse der Alerobersten auf unlaute Weise aus dem Steuermaterial der Behörden erhoben worden seien. Die Beschlagnahme wurde aufgehoben, da sich jener Verdacht nicht beweisen ließ. Das Adressbuch der Millionäre, das 1600 Seiten umfaßt, weist die Namen und Adressen von 8000 Millionären nach unter Angabe ihres Vermögens und der Steuerleistungen. Inwieweit die Angaben immer zutreffend sind, läßt sich natürlich nicht nachkontrollieren. Höchst unbequem muß aber diesen 8000 die Veröffentlichung sein, denn es wird jetzt angekündigt, daß im preussischen Landtag von Mitgliedern verschiedener Parteien eine Interpellation eingebracht werde, die bezwecken soll, daß die Statistik hinsichtlich vorstichtiger in der Publizierung der Vermögensverhältnisse der oberen Zehntausend ist.

Ständesamtliche Nachrichten

vom 29. Oktober bis 4. November 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
 Oktober. 22. Papierhändler C. Orlamänder. 24. Lechniker A. G. Stockhufen. 26. Arbeiter C. F. J. Welcher. Schiffskapitän V. B. Grund. 27. Tischler S. J. C. Rohwer. Buchbinder E. D. Nissen. 28. Arbeiter W. C. E. F. Puls. Kutscher F. H. A. Johannson. 29. Gärtner C. A. Wandel. Eisenendreher H. D. Kühn. Schmied E. C. F. Bernhard. Seemachsmittel F. G. M. Jalas. 30. Arbeiter J. F. Lohrbeer. Schriftsetzer C. F. J. Grage.
 November. 1. Bäckergehilfe M. H. Chr. Engel. Theaterdirektions-Sekretär D. C. J. Ahrendt. 3. Geschäftsführender J. P. W. Meve.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

Oktober. 21. Kellner C. E. A. Röder. 23. Arbeiter K. H. Otto (Vorwerk). 24. Monteur P. G. Bierich. 25. Lehrer F. W. A. Blohm. 28. Stellmacher F. Kanopka. Restaurateur F. A. Chr. W. Schulz. 29. Arbeiter F. H. H. Nau. Gärtner K. J. Chr. Froh (Wadelüggel). Arbeiter H. A. A. Schünig. Arbeiter W. H. Bergbahn. 30. Arbeiter J. G. H. Jönsson. Krämer J. D. A. Prüts. Maurer H. H. R. Böttger. 31. Lagerarbeiter M. F. Schneider. Kaiserlicher Bank-Kalkulator B. Schmitz.
 November. 1. Steuerkassierer H. H. M. Schmidt. Maurer A. H. A. Brott.

Ungeordnete Aufgebote.

Oktober 30. Arbeiter F. J. A. Brüllmann und A. Barczak, beide in Wandsbek. Maler J. A. Jacobs in Mildstedt und Chr. D. F. Ahrens. Hausdiener S. F. Chr. Holtkreter und A. J. M. D. Heitmann. Wächter bei der Wachs- und Schließgesellschaft W. F. J. Sundermann und A. R. Th. Schulz.

November 1. Hauptmann im Infanterie-Regiment „Lübeck“ W. K. Stadenhagen und Ch. M. C. Koehler in Weimar. Buchhalter K. B. Hildebrand in Hamburg a. G. und A. M. L. Rippe. 2. Schneider J. J. Chr. Naecker und B. C. R. Büttjohann, beide in Spornitz. Schleifer G. W. H. F. Galfon und L. C. B. Janissen. Gasarbeiter D. A. S. Schamweber und V. S. H. Feustien. Schmied W. A. F. Witt und M. Ch. J. Schütt. 3. Techniker F. Keiser in Klückitz und F. C. Freytag. Arbeiter J. H. F. Wehne und E. K. D. Hamm in Stubben. Kaufmann J. H. B. Jürg und M. H. M. Damerow. Bauarbeiter F. W. Heß und A. Morysiak. Rentier P. L. Salzmann in Schlaarbeck und C. Say verwitwete Baruch. 4. Arbeiter K. A. Schulz und R. M. S. Göz. Schlachter C. F. H. Korff und B. H. S. Mellmann, beide in Stralsund. Schlachter F. H. D. Wolter in Waren und R. S. F. Albert. Arbeiter H. A. F. Th. Hilmer und Witwe M. S. M. Zietzen geb. Masch. Handlungsgehilfe H. M. G. Dedow in Wismar und C. R. H. S. Meve.

Eheschließungen.

Oktober 31. Schlachter D. H. Koll und H. A. M. Wienck. Maschinenbauer H. F. Grammann und Jda Gmof. Porzellanmaler A. R. A. Steffin und die geschiedene A. R. G. Brzoska geb. Monthien.
 November 3. Schlosser P. H. Jesse und Witwe A. A. Kruse geb. Scharje. Schlosser H. A. G. Wolf und M. Kollhoff. Lehrer J. B. J. Köhn und G. C. Ludwig. Maurer H. P. G. Lewandowski und G. W. D. M. Lohje. 4. Bureaugehilfe F. A. W. Latendorf und A. R. J. H. Herbt. Kaufmann H. Chr. F. Wufe und D. R. L. S. Bläsmann. Kaufmann J. H. Beppermüller in Redlinghausen und L. H. M. Weltphal. Bahnarbeiter J. H. F. Stoos in Travemünde und M. A. S. D. Blohm. Arbeiter J. J. F. Klockmann und R. A. Chr. Schumann. Schiffsoffizier H. H. A. Heitmann in Hamburg = Eimsbüttel und H. Schlichting. Schmied H. B. Rahr und D. S. Th. Speckmann. Arbeiter J. Zolna in Wilhelmshagen und A. Chr. Jentzen. Arbeiter H. W. R. F. Karsten und B. Chr. Steen. Oberbeizer G. H. A. Grall in Kiel und A. S. M. Kreidenberg. Arbeiter H. J. F. W. Puls und A. M. D. Zimmermann. Postbote F. W. Frohner in Hamburg und A. B. K. Ehler. Eisenbahnwagenschieber H. J. B. Meyborg und A. W. L. Stoffers in Carlsh. Glaser R. M. D. Koop und R. M. H. Steffen. Arbeiter A. L. Holz und M. L. B. Röttger. Arbeiter W. J. L. Lüth und A. F. B. Unruh. Bahnarbeiter G. G. H. Briefe in Schlutup und M. A. M. C. Th. Matthies.

Sterbefälle.

28. Oktober. C. E. L. Meyer, 23 J. Arbeiter J. J. W. Dähling, 50 J. Musiker W. H. Chr. Dohse, 50 J. Bahnarbeiter Chr. L. A. Schulz, 31 J. 29. A. C. M. geb. Hinge, verwitwete Schweiger, Ehefrau des Arbeiters H. Chr. Schlüter, 59 J. E. M. L. geb. Puls, Ehefrau des Arbeiters J. R. Chr. Weidler, 67 J. Krämer C. L. Th. Röhler, 44 J. H. R. A. Meyer, 1 Mt. M. C. D. geb. Hemann, Witwe des Trägers I. H. A. Martens, 98 J. 30. E. M. C. Chr. geb. Nagel, Ehefrau des Hafenarbeiters A. J. F. Mengel, 67 J. R. J. G. Jurkiewicz, 5 Mt. A. C. Th. von Mezmer-Salbern, 60 J. Matrose Chr. D. A. Köpping, 33 J.
 1. November. Kaufmann J. H. G. Züchel, 82 J. W. R. F. D. Schöb, 6 L. B. A. Schulz, 11 Mt. Konful C. J. Wehn, 64 J. 2. E. J. A. Dollow, 4 Mt. Ober-Postsekretär a. D. C. Stave, 58 J. W. F. H. Rath, 2 J. M. M. H. Michalaf, 5 Mt. M. M. D. geb. Steinfeld, Ehefrau des Laternenwärters J. G. W. Puls, 63 J. L. W. A. geb. Alwart, Ehefrau des Arbeiters J. L. H. Bredberg, 28 J. 4. W. F. A. Wegener, 3 J. H. W. R. L. Wenland, 3 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co
 Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“.